Einzelpreis 70 Heller.

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Nekázanka 18. ◆ Telephon: 26795, 31460 (Nachtredaktion): 26797 ◆ Postscheckamt: 57544

11. Jahrgang. Mittwoch, 23. September 1931 Nr. 222.

Diskonterhöhung von 5 auf 6½ Prozent.

Prag, 22. September. Der engere Ausschuß der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt heute unter Vorsitz des Gouverneurs Dr. V. Pospíšil eine außerordentliche Sitzung ab, in welcher mit Gültigkeit vom 23. September 1931 die Erhöhung des Diskontsatzes für Wechsel und Wertpapiere auf 6½ Prozent, des Lombardsatzes für Staatspapiere auf 7 Prozent und für andere Werte auf 7½ Prozent beschlossen wurde.

Beratung der Wirtschaftsminister.

Die Lage der Staatswirtschaft zufriedenstellend.

Prag, 22. September. Offiziös wird mitgeteilt: Dienstag, den 22. September d. J., fand eine Sitzung der Wirtschaftskommission der Regierung statt. Finanzminister Dr. Trapl erstattete Bericht über die Wirtschafts- und Finanzlage. Es wurde zur Kenntnis genommen, daß die Entwicklung der tschechoslowakischen Staatswirtschaft trotz der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zufriedenstellend ist. Die Wirtschaftsminister trafen Vorbereitungen für die Sitzung des Ministerrates, der zur Entscheidung über das Budget für 1932 am Donnerstag zusammentritt. In der Sitzung wurde außerdem ein eingehender Bericht über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn erstattet.

Oesterreich spart auf Kosten seiner Beamten.

Wien, 22. September. (Eigenbericht.) Im Hauptausschuß erstattete heute der Bundeskanzler Bericht über seine Genfer Verhandlungen. Der Hauptausschuß genehmigt einstimmig, daß durch Ersparungen im Budget die Staatsausgaben auf höchstens 1900 Millionen Schilling herabgesetzt und die Einnahmen mit zwei Milliarden festgesetzt werden, wovon 100 Millionen zur Tilgung der kurzfristigen Schulden verwendet werden sollen. Im Jahre 1931 sollen 35 Millionen Schilling erspart werden.

Der Bundeskanzler erklärte, daß die Hälfte der Ersparungen durch Verminderung des Personalaufwandes gedeckt werden soll.

Die Sozialdemokraten gaben die Erklärung ab, daß sie die Herabsetzung der Ausgaben auf 1900 Millionen für möglich halten, wenn auch unter schweren volkswirtschaftlichen Nachteilen, daß sie aber jede Kürzung der Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und Notstandsaushilfe entschieden ablehnen. Eine Kürzung der Ausgaben sei auf dem Gebiet des Bundesheeres, der Polizei und Gendarmerie möglich. Eine Erhöhung der Einnahmen sei möglich durch Erhöhung der Steuer auf große Einkommen und auf Vermögen, auf teuere Tabake und Luxuswaren. Eine Kürzung der Beamtengehälter wäre erst möglich, wenn alle diese Forderungen erfüllt sind, aber auch dann nur nach Verhandlungen mit den Beamten.

Zum Schluß erklärte der Bundeskanzler, daß er das Parlament für den 30. September einberufen und dort die Beamtenvorlage einbringen werde.

Vor der Reichstagseinberufung.

Brüning verlangt Generalpardon.

Berlin, 23. September. (Eigenbericht.) Heute vormittags besprachen der Reichskanzler Brüning und Reichstagspräsident Löbe die Tagesordnung für die bevorstehenden Verhandlungen des Reichstages. Es wurde vereinbart, daß in der Eröffnungssitzung eine Erklärung der Reichsregierung abgegeben werden wird. Voraussichtlich dürften mit der Besprechung dieser Erklärung alle bisher vorliegenden Regierungsentwürfe, Notverordnungen und Anträge der Parteien zu diesem Gegenstand verbunden werden.

Der Reichskanzler will für die gesamte Tätigkeit der Regierung seit den Frühjahrsverhandlungen um Indemnität nachsuchen. Er scheint die Absicht zu haben, ausführlichen Verhandlungen über die einzelnen Phasen dieser Tätigkeit auszuweichen.

Der ratlose Völkerbund.

China verlangt Zurückziehung der Truppen und Untersuchung an Ort und Stelle. Japanische Verschleppungstaktik.

Genf, 22. September. Zahlreiches Publikum hatte sich heute vormittags zu den Verhandlungen des Völkerbundrates über den chinesisch-japanischen Konflikt eingefunden, der durch China auf Grund des Art. 11 des Völkerbundpaktes dem Rat vorgelegt wurde. Der Vertreter Chinas im Rate, Sze (Gesandter in London), der sofort das Wort erhielt, schilderte an Hand der neuesten Telegramme die jüngsten Ereignisse in der Mandschurei und erklärte, daß von der Okkupation ein Gebiet von der Größe Großbritanniens und Irlands betroffen sei.

Zahlreiche Städte seien von den Japanern besetzt worden, die Japaner hätten die Telegraphen- und die Telephonleitungen zerschnitten und zahlreiche Lokomotiven beschlagnahmt. Weiters wird angeführt, daß in einem Abschnitt der mandschurischen Bahn eine japanische Verwaltung eingesetzt wurde, daß die Japaner in Mukden in die Privatresidenz des Marschalls eingedrungen seien und dort plünderten, weiters daß der Generalstabschef und Mitglieder der Provinzialregierung verhaftet wurden u. ä. m. Außerdem hätten die Japaner zwei Divisionen aus Korea als Verstärkung in die Umgebung von Mukden gesandt. Einige Städte seien teilweise vernichtet worden und litten unter Bränden. Bis jetzt dauern die Kämpfe an und man spricht von 600 Toten — sowohl Zivil- als auch Militärpersonen — und etwa 1000 Gefangenen.

Er schloß mit der Ankündigung, China werde eventuell auch unter Berufung auf andere Artikel des Paktes weitere Anträge beim Völkerbundsrat stellen.

Nach Sze sprach sodann der Vertreter Japans im Rate, der Gesandte in London, Yoshisawa, der beantragte, die Verhandlung auf die nächste Sitzung des Völkerbundrates zu vertagen, da er „ungenügend informiert" sei und daher heute noch nicht zu dem Fall Stellung nehmen könne.

Er mache auf die großen Interessen Japans in der Mandschurei aufmerksam, wo einige hunderttausend Japaner angesiedelt und die japanischen Interessen durch internationale Verträge garantiert seien. Die chinesischen Truppen zählen in der Mandschurei 220.000 Mann, während Japan dort nur über insgesamt 10.000 Mann (?) verfüge. Zu den Ereignissen sei es infolge Provokationen seitens chinesischer Abteilungen gekommen, die Chinesen hätten einen Teil der Bahnstrecke bei Mukden vernichtet und Japan sei nur darum eingeschritten, um das Leben und Eigentum seiner Angehörigen zu schützen.

Die japanische Regierung habe ihre Truppenkommandanten angewiesen, ihre Truppenkommandanten angewiesen habe, alles zu unterlassen, was den Konflikt verschärfen könnte. Japan wolle keinen Krieg gegen China führen und würde auch den Vorschlag auf Eröffnung direkter Verhandlungen zwischen beiden Ländern sehr begrüßen. Durch übereilte Schritte werde jedoch die öffentliche Meinung in Japan unnötig erregt und die friedliche Erledigung des Zwischenfalles erschwert.

Der chinesische Delegierte erklärte in seiner Replik, was die von dem japanischen Vertreter angezweifelte Richtigkeit der von China behaupteten Tatsachen betreffe, so sei

China bereit, die Untersuchung einer Kommission des Völkerbundes zu überlassen.

Wie könne aber China in direkte Verhandlungen eintreten, wenn ein beträchtlicher Teil seines Landes besetzt sei und die japanische Regierung zu anderen als diplomatischen Mitteln gegriffen habe?

Der Vertreter Großbritanniens, Lord Cecil, bemerkte, es seien nicht genügend Einzelheiten bekannt, um es dem Rat zu ermöglichen, sich mit der Frage direkt zu befassen und darüber zu entscheiden. Es sei dies aber nicht der erste Fall dieser Art, der den Rat beschäftige. Es gebe dafür schon eine festgesetzte Prozedur.

Zum Schluß verweist Lord Cecil darauf, daß für die Angelegenheit schon mit Rücksicht auf den Kelloggpakt auch die Vereinigten Staaten Interesse haben könnten. Er empfehle deshalb, den Vereinigten Staaten den Inhalt des Protokolls über die Verhandlungen des Rates im chinesisch-japanischen Konflikt mitzuteilen.

Am Nachmittag legte der japanische Vertreter von neuem das große Interesse dar, das Japan für die Lage in diesem Gebiete habe und haben müsse. Die Lage der Japaner in diesem Gebiete sei in der letzten Zeit bedeutend schwieriger geworden und der europäische Beobachter könne sich nur sehr schwer ihre Lage vergegenwärtigen.

Der chinesische Delegierte replizierte, die Nachrichten, die er im Laufe des heutigen Tages erhalten habe, beweisen, daß sich die Lage von Minute zu Minute verschlechtere und daß eine sofortige Lösung gefunden werden müsse. Deshalb wiederhole er das Ersuchen, daß die japanischen Truppen unverzüglich von dem von ihnen besetzten Gebiete zurückgezogen werden mögen, und daß eine schnelle Enquete an Ort und Stelle von einer Sonderkommission durchgeführt werde.

Der Vorsitzende des Völkerbundrates Berouz hat hierauf den Rat, die Diskussion auf die nächste Ratssitzung zu vertagen und ihm folgende Vollmacht zu geben:

1. Einen dringenden Appell an die Regierungen von China und Japan zu richten, sich jeder Handlung zu enthalten, die geeignet wäre, die Situation zu verschlimmern oder der friedlichen Regelung der Frage vorzugreifen;

2. in Verbindung mit den Vertretern Chinas und Japans die geeigneten Mittel zu suchen, die es den beiden Ländern gestatten, sofort zur Zurückziehung ihrer Truppen zu schreiten. Er hat ferner, zu beschließen, daß alle Dokumente, die diese Angelegenheit betreffen, der Regierung der Vereinigten Staaten zu Informationszwecken übermittelt werden.

*

Das einzige Resultat:

Zwei Telegramme.

Genf, 22. September. In Ausführung des heutigen Ratsbeschlusses hat der Präsident des Völkerbundrates an die chinesische und japanische Regierung Telegramme abgesandt, in denen die beiden Regierungen aufgefordert werden, sich jeder Handlung zu enthalten, die geeignet sei, die Lage zu verschärfen oder der friedlichen Regelung der Frage vorzugreifen.

Der Absendung ging eine Konferenz beim Ratspräsidenten voraus, an der außer den streitenden Parteien die vier ständigen Ratsmächte, also auch der deutsche Außenminister, teilnahmen. In dieser Konferenz wurden verschiedene Einzelfragen erörtert.

*

Eigenmächtigkeiten des japanischen Generalstabs?

London, 22. September. „Daily Mail" meldet aus Tokio, daß man gestern die ersten japanischen Verstärkungen für die Mandschurei und Korea abgesandt habe. Dieses eigenmächtige Vorgehen des Militärs widerspreche der Politik des japanischen Kabinetts und die Beziehungen zwischen diesem und dem Generalstab seien äußerst gespannt. Der Generalstab sei nicht dem Kabinett, sondern dem Monarchen direkt verantwortlich.

Die japanische Regierung hat das Verhalten des japanischen Oberkommandanten in Korea **post facto gutgeheißen, der Verstärkungen nach** Mukden sandte, jedoch entschieden, daß neue Truppensendungen nicht mehr erfolgen sollen.

Der japanische Kriegsminister hat ferner dem Kommandanten der japanischen Armee in Kwantung die Anweisung erteilt, daß die Verwaltung aller von den japanischen Truppen besetzten Städte in Zusammenarbeit mit den Chinesen durchgeführt werden soll und nicht durch die japanischen militärischen Stellen allein.

Tschiankaischek will demissionieren.

Kanton, 22. September. (Reuter.) Die Kantoner Regierung läßt mitteilen, daß Tschiankaischek, der Präsident der chinesischen Zentralregierung, seine Absicht zu demissionieren kundgetan hat.

Vom „Sparen".

Noch für jede Wahl haben sich die bürgerlichen Parteien ein Maskenkostüm zurechtgeschneidert. Diesmal treten sie vor die Wähler als die „Sparer" hin. Durch Sparen soll Ordnung und Gleichgewicht in die Gemeindehaushalte gebracht, allen „unnützen" Ausgaben soll vorgebeugt, die Taschen der Steuerzahler sollen geschont werden. Jede einzelne der Parteien will das Patent auf die richtige Art des Sparens besitzen und selbstverständlich werden alle anderen, vor allem die Sozialdemokraten, als Verschwender hingestellt, die nicht verwalten können und welche die sauer erworbenen und zusammengetragenen Steuergelder leichtsinnig vergeuden. In Ermangelung eines ernsten kommunalpolitischen Programms — und nicht eine einzige der bürgerlichen Parteien hat ein solches — soll das öde, nichtssagende Schlagwort vom „Sparen" seinen Dienst tun, soll an die Filzigkeit des Spießers appellieren und den bürgerlichen Parteien, die in der Rolle von gewissenhaften, sachkundigen Verwaltern der Gemeindevermögen auftreten, die Wähler zutreiben. Gleichzeitig wird mit diesem für den Wählerfang zurechtpräparierten Schlagwort noch ein anderer Zweck verfolgt: die Aufmerksamkeit von den an dem Elend der Gemeindefinanzen wirklich Schuldigen abzulenken.

Und wer diese Schuldigen sind, das zu erforschen wird kein Kundiger auch nur einen Augenblick lang im Dunkeln tappen. Viele Gemeinden sind in Notlage, doch seit wann sind sie es? Seit ihnen die Einnahmsquellen verstopft, ihre Selbständigkeit untergraben und ihre Steuerhoheit auf ein Maß eingeschränkt wurde, daß sie trotz der später vorgenommenen Lockerung der allerärgsten Fesseln nicht einmal imstande sind, die laufenden und allerdringendsten Auslagen zu decken, geschweige daß sie vielen Aufgaben, die einer ordentlichen Gemeindeverwaltung zugewiesen sind, einigermaßen entsprechend erfüllen könnten. Es ist das elende Machwerk der sogenannten Gemeindefinanzreform, an dem die Landbündler und Christlichsozialen zur Zeit des Bürgerblocks mitgearbeitet haben, an dem sie die volle Verantwortung tragen, da es ohne ihre Mithilfe niemals zustandegekommen wäre und das gründlich zu reformieren sie auch jetzt noch sich weigern, das diese Zustände geschaffen hat, Zustände, die zum Himmel schreien und die von keinem einzigen Menschen mehr als haltbar und wünschenswert angesehen werden, nur eben, daß Agrarier und Christlichsoziale glauben, diese trostlosen und verzweifelten Verhältnisse ließen sich durch allerlei kleinliches Flickwerk bessern, so durch „Sparen" oder durch Ueberweisung etlicher bisheriger Agenden der Gemeinden an den Staat. Glauben sie dies ernsthaft? Man muß dies sehr bezweifeln, aber als Wahlköder erscheint ihnen doch das Schlagwort vom Sparen gut genug. Es könnte noch so viel „gespart", noch so viel an den Auslagen gedrosselt werden, die Gemeindefinanzen würden dadurch noch immer nicht auf einen grünen Zweig gebracht werden können. Das wissen die bürgerlichen Parteien ebenso gut wie wir, aber sie wollen nicht zugeben, am allerwenigsten jetzt vor den Gemeindewahlen, daß das von ihnen seinerzeit mitbeschlossene Gemeindefinanzgesetz ein Verbrechen an der Selbstverwaltung war, ein Unsinn und ein niederträchtiger Anschlag auf die Hilfsbedürftigen, auf Fortschritt, Gerechtigkeit und Menschlichkeit.

Man erinnert sich da der Parole, unter der alle bürgerlichen Parteien und ihre national„sozialistischen" Helfershelfer im Jahre 1923 in den Gemeindewahlkampf gezogen sind: „Die Sozialdemokraten haben versagt!" Bis dahin hatten die Sozialdemokraten in einer Anzahl von Gemeindevertretungen die Mehrheit und sie verstanden es auch in den meisten Fällen, diesen Machteinfluß in einer den arbeitenden und hilfsbedürftigen Menschen dien-

lichen Weise, soweit nur irgendwie die den Gemeinden zur Verfügung stehenden Mittel reichten, zu benützen. Natürlich konnten sie nicht alle aus der Zeit der rein bürgerlichen Herrschaft in den Gemeindestuben stammenden Rückständigkeiten und Unzulänglichkeiten beseitigen, sie konnten auch nicht — und dies zu verlangen wäre Albernheit gewesen — das Elend breiter Volksmassen, wie es ständig aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung fließt, bannen und auch nicht alles Unglück, allen Jammer, alle Wirrnis, die als Folge des zerstörenden Krieges zurückgeblieben waren, aus der Welt schaffen. Die bürgerliche Verlogenheit erfand damals das Schlagwort vom „Versagen" der Sozialdemokratie, wodurch der Eindruck hervorgerufen werden sollte, die Sozialdemokraten hätten zu wenig getan, zu wenig ihre Macht zugunsten der Besserung der Verhältnisse ausgenützt, während die bürgerlichen Parteien, wenn sie an ihrer Stelle gewesen wären, dies viel besser getroffen hätten. Viele der mit den Nachkriegsverhältnissen Unzufriedenen und Ungeduldigen fielen damals auf das Schlagwort hinein und verhalfen mit ihren Stimmen den bürgerlichen Parteien zum Siege, in vielen Gemeinden war es damit mit der vorherrschenden Stellung der Sozialdemokraten vorbei und nun zeigte sich, wie die bürgerlichen Parteien das heuchlerische, lügnerische Wort vom „Versagen der Sozialdemokratie" verstanden wissen wollten: nicht zu wenig war von den sozialdemokratischen Gemeindemehrheiten getan worden, sondern zu viel. Zu viel wenigstens nach dem Geschmack und Willen der Bürgerlichen, die vordem die Gemeindestuben stets nur als ihre ausschließliche Domäne anzusehen gewohnt waren, für die die Macht in der Gemeinde besitzen gleichbedeutend damit war, ihre egoistischen Besitzinteressen in den Vordergrund zu stellen und denen eine Gemeindepolitik, die den Menschen und weniger den Geldsack der Besitzenden in den Mittelpunkt der Fürsorge stellte, ein Greuel und Scheuel war. Nun, da die bürgerlichen Parteien hätten zeigen können, wie sie sich das „Nichtversagen" und eine bessere Wirtschaft in den Gemeinden vorstellen, trieben sie das Gegenteil von kommunalpolitischer Fürsorge und suchten nach Möglichkeit das von den Sozialdemokraten Geschaffene zu zerstören oder doch zu schädigen. Um aber ganz sicher zu sein, daß niemals wieder eine Zeit wiederkehre, da die Sozialdemokraten in den Gemeinden eine den werktätigen und notleidenden Schichten der Bevölkerung dienende Tätigkeit entfalten können, nahmen Landbündler und Christlichsoziale an dem Zustandekommen des berüchtigten Gemeindefinanzgesetzes lebhaftesten Anteil, durch das die Fürsorgearbeit der Gemeinden auf das äußerste beschränkt und eingeengt werden sollte, was auch in vollem Umfange gelang.

Heute aber, da die von den bürgerlichen Parteien verursachte Verheerung klar zutage liegt, reden sie vom „Sparen". Man müßte nicht wissen, in welcher Art viele Gemeinden verwaltet wurden, wenn das Wort „Verwalten" hier überhaupt angewendet werden darf, wie sie die notwendigsten Aufgaben vernachlässigten und wie traurig es trotzdem um ihre Finanzen bestellt war, solange das Bürgertum allein in den Gemeinden regierte, um nicht die Verlogenheit dieses Wortes zu erkennen, mit dem die Feinde der Arbeiterschaft jetzt krebsen gehen. Sparen — nun, für richtiges Sparen haben die Sozialdemokraten noch immer mehr Verständnis bewiesen als ihre Klassengegner, die seinerzeit — man braucht da nur an die Ruinierung der Gemeindefinanzen durch die von den bürgerlichen Gemeindevertretungen vorgenommenen Kriegsanleihezeichnungen zu erinnern — die Gemeindeverwaltungen in einem oft trostlosen Zustand zurückgelassen haben, aber eben um richtiges Sparen geht es. Die Gemeindeverwaltung hat der Gesamtheit und dem Fortschritt zu dienen, hat eine fruchtbare Sozialpolitik zu entfalten, nicht aber den Interessen einer kleinen Clique, wie sie früher überall in den Gemeinden dominierte, untertänig zu sein.

Die Gemeinden brauchen Hilfe, Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit. Sparen — gewiß, aber am richtigen Orte, nicht bei denen, die der öffentlichen Hilfe und des öffentlichen Schutzes nicht entraten können. Gerade hier aber wollen die bürgerlichen Parteien mit ihrem „Sparen" einsetzen. Was dies in der gegenwärtigen bittersten Zeit der wirtschaftlichen Not bedeuten würde, liegt auf der Hand. Sich von dem Wahlschlagwort der bürgerlichen Parteien täuschen und benebeln zu lassen, wäre für die arbeitenden Schichten gleichbedeutend damit, sich die Schlinge selber um den Hals zu legen!

An allem ist der Dr. Czech schuld!

Neue kommunistische Verleumdungen. — Wie urteilen die Invaliden über die sozialdemokratische Arbeit für die Kriegsverletzten?

Die kommunistische Presse fährt fort zu „enthüllen", „Wie es im Fürsorgeministerium des Genossen Dr. Czech aussieht." Wir haben vor einigen Tagen nachgewiesen, daß die Kommunisten den traurigen Fall des Invaliden Otto St. gegen den Gen. Dr. Czech ausspielen wollten, obwohl der Invalide durch eigenes Versäumnis um seine eventuellen Ansprüche auf eine Invalidenversorgung gekommen ist, obwohl er vom Ministerium für soziale Fürsorge eine Unterstützung erhalten hat und obwohl er sich sogar für diese Unterstützung beim Genossen Dr. Czech schriftlich bedankt hat. Diese Blamage hat aber die fragwürdigen kommunistischen Freunde der Kriegsinvaliden nicht zur Besinnung gebracht und sie rücken nunmehr mit neuem „Material" aus, von dem sie glauben, daß es die Arbeit, die die deutschen Sozialdemokraten im Interesse der unglücklichen Kriegsopfer leisten, in deren Augen zu diskreditieren geeignet ist. Aber da haben sich die Kommunisten — hinter der ganzen Kampagne scheint der Herr Viktor Stern zu stehen — gründlich geirrt! Wir sind den beiden konkreten Fällen, die die kommunistische Presse anführt, nachgegangen und können unseren Lesern nunmehr folgendes mitteilen:

Frau Elisabeth M. hat nach den Angaben des „Vorwärts" und der „Internationale" im Kriege zwei Söhne verloren. Sie hat ihren Anspruch auf eine Vorfahrenrente das erstemal 1926, das zweitemal 1931 geltend gemacht. Die Frist zur Anmeldung solcher Ansprüche lief aber, wie allgemein bekannt ist, schon im Jahre 1923 ab. Es war also ganz ausgeschlossen, daß der Frau M. eine Vorfahrenrente zuerkannt wird, ganz abgesehen davon, das was den Kommunisten bekannt sein könnte, nicht das Ministerium für soziale Fürsorge und schon gar nicht der Minister, sondern nur das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge in erster Instanz zu entscheiden hat. Das Landesamt hat mit Rücksicht auf die Verjährung des Anspruches auch das neuerliche Gesuch der Frau M. um eine Vorfahrenrente als „verspätet eingebracht" abweisen müssen. Damit ist der Fall aber nicht erledigt. Da sich Frau M. an den Gen. Dr. Czech gewendet hat, hat dieser Erhebungen einleiten lassen und wenn diese, woran ja kaum zu zweifeln ist, die Unterstützungswürdigkeit der Gesuchstellerin bestätigen, wird auch sie eine Unterstützung erhalten. Die Behauptung der Kommunisten, „Die arme Frau erhält also wiederum einmal nichts", ist also wiederum eine Lüge.

Noch ärger treiben es die Kommunisten mit dem Invaliden Josef B., den sie seit Monaten als Schauobjekt herumführen, von dem sie aber bezeichnenderweise nicht einmal wissen, wie er eigentlich heißt! Wenigstens führt die aufgeregte Interpellation, die die Abgeordneten Hadek, Stern und Genossen an den Fürsorgeminister wegen dieses Falles eingebracht haben und die von den kommunistischen Blättern veröffentlicht wird, einen falschen Namen an und nur deshalb, weil der Fall in allen in Betracht kommenden Aemtern schon so genau bekannt ist, ist es uns gelungen, auf Grund der kommunistischen Veröffentlichung, den richtigen Tatbestand festzustellen. Josef B. wurde 1919 wegen eines Herzleidens mit einer zehnprozentigen Einbuße der Erwerbsfähigkeit vom Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge als Kriegsinvalider anerkannt. Der Rentenbezug beginnt aber erst bei zwanzig Prozent. „In der Nachkriegszeit erlitt B. eine Lähmung der rechten Seite und bemüht sich nun, die Anerkennung auch dieses Leidens als Kriegsbeschädigung zu erreichen. Die untersuchenden Aerzte haben übereinstimmend erklärt, daß ein Zusammenhang nicht gegeben sein kann. Trotzdem hat Gen. Dr. Czech, als ihm der Fall vorgetragen wurde, eine neuerliche Untersuchung des Invaliden veranlaßt. Es wurde auf diplomatischem Wege nach einer Krankengeschichte geforscht, die sich in einem galizischen Spital befinden sollte. Die Krankengeschichte war nicht auffindbar. Ueber Weisung des Gen. Dr. Czech wurde B. auf die Klinik Nonnenbruch in Prag gebracht und dort durch einige Tage untersucht. Wie wir hören, wurde diese Untersuchung schon deshalb, weil der Fall fachliches Interesse beanspruchen kann, mit der größten Sorgfalt und Genauigkeit vorgenommen. Trotzdem lautet das ausführliche Gutachten des Prof. Nonnenbruch, der bekanntlich eine ärztliche Kapazität ist, dahin, daß die Lähmungserscheinungen B.'s nicht mit dem Kriegsdienst in Zusammenhang stehen. Daraufhin wurde die Angelegenheit neuerlich in der Landesberufungskommission zur Verhandlung gestellt, der auch Vertreter der Kriegsinvalidenorganisationen angehören und an deren Beschlüssen der Fürsorgeminister wohl unschuldig sein dürfte. Die Landesberufungskommission hat mit sämtlichen Stimmen, also

auch mit den Stimmen der Kriegsinvalidenvertreter

festgestellt, daß es sich hier um ein Leiden handle das nicht im Kriege entstanden sei und daß daher B. dafür nicht aus den Mitteln der Kriegsinvalidenfürsorge entschädigt werden könnte. Trotzdem hat sich das **Fürsorgeministerium bereit erklärt, über Veranlassung des Gen. Dr. Czech, B. in einem Invalidenheim unterzubringen.** Dieser hat aber das Anerbieten **abgelehnt.** Gen. Dr. Czech hat bereits wiederholt veranlaßt, daß dem Invaliden B. Unterstützungen gegeben werden. Und nun kommen die Herren Stern und Hadek daher und interpellieren den Minister für soziale Fürsorge „wegen der skandalösen Behandlung und Untersuchung des Kriegsbeschädigten Josef B. aus Haindorf bei Friedland." Ein größerer Zynismus war noch nicht da!

Unsere Leser sehen also, daß wir das großartige kommunistische „Wahlmaterial" nicht zu fürchten haben. Es bestätigt nur, daß die Sozialdemokraten alles Erdenkliche tun, und alle nur mögliche Sorgfalt anwenden, um das Los der arbeitenden Menschen, in diesem Falle der Kriegsopfer, soweit als möglich zu verbessern.

Wie die Kriegsinvaliden über diese Arbeit denken, beweisen am besten die zahlreichen Artikel des Organs des Bundes der Kriegsverletzten, der bekanntlich nicht unter sozialdemokratischer Führung steht. Wir wollen einige Stellen aus den Aufsätzen des Blattes zitieren. Anläßlich unseres Teplitzer Parteitages schrieb der „Kriegsverletzte":

„Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, was die frühere Regierung für uns, für die Sozialschwachen überhaupt, zu tun versäumt hat, eine Schuld, die umso schwerer ins Gewicht fällt, wenn man bedenkt, daß gerade damals die Zeit für sozialpolitische Maßnahmen äußerst günstig war, was man jetzt, unter dem schweren Drucke der Wirtschaftskrise, wohl nicht behaupten kann.

Um so größer aber das Verdienst, das Minister Dr. Czech gebührt, daß eine seiner ersten Taten die teilweise Novellierung der gesetzlichen Versorgung der Kriegsbeschädigten war.

Wenn auch die zweite Novelle das Problem nur teilweise löst, so darf doch nicht übersehen werden, daß zumindest den Schwerstbeschädigten dadurch eine große, beachtenswerte Hilfe zuteil wurde, abgesehen davon, daß wir als Hauptverdienst Dr. Czechs seinen erfolgreichen Kampf gegen den geplanten Abbau der Renten der Leichtinvaliden buchen müssen...

Wir haben das vollste Vertrauen zum jetzigen Minister für soziale Fürsorge, wir wissen, daß er auch weiterhin wie bis jetzt seine besten Kräfte dem Kriegsbeschädigtenproblem widmen wird, und wir können ihm nur neuerlich versichern, daß er auf unsere Mitarbeit und Unterstützung immer rechnen kann...

Der für uns wichtigste Parteitagsbeschluß aber ist die Weisung an die Parteiführer, weiter in der Koalition zu verbleiben. Gerade **wir Kriegsopfer haben guten Grund, diesen Beschluß freudigst zu begrüßen;** denn wir wissen nur zu gut, welche Folgen eine Regierungskrise und der damit verbundene Regierungswechsel für uns zeitigen könnte."

Anläßlich der heurigen Bundestagung des Bundes der Kriegsverletzten schrieb das Blatt in einem Bilanzartikel:

„Wir ziehen das erstemal die Bilanz aus der Tätigkeit eines deutschen Ministers und wir ziehen

---

7

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Pause.

Dann Peter:

„Wollen Sie sich nicht setzen, Herr Müller? Vielleicht trinken Sie ein Glas Kognak."

„Danke, Herr ... Herr..."

„Peter Brenn, Traumlenker."

Der seltsame Beruf des neuen Bekannten schien Herrn Müller nicht weiter aufzufallen. Er zupfte an seiner zweifelhaften Bügelfalte und setzte sich. Peter holte die Kognakflasche und zwei Gläser. Herr Müller hob das seine:

„Prost, Herr Brenn."

„Prost, Herr Müller."

Ein Automat, dachte Peter, kein Mensch. Aber ... begeht ein Automat Selbstmord? Er betrachtete seinen Gast. Alles an ihm war beglatzt, einen bescheidenen Schnurrbart, bescheiden Glatze, einen bescheidenen Schnurrbart, bescheidene Bewegungen. Beim Sitzen preßte er die Beine aneinander, als fürchte er, zu viel Platz einzunehmen, ein Mensch, der jeden Tag in der überfüllten Straßenbahn fährt. Und bescheiden war auch die Stimme, klanglos, ein Instrument, das nie gesungen, nur Nachrichten übermittelt hatte. Herr Müller war fahl, wie der Novembertag, farblos wie das Sparkassenkonto eines kleinen Beamten.

„Sie haben mich, mein Herr, in einer unwürdigen Lage angetroffen", sagte Herr Müller, und seine Stimme war blaß wie sein ganzes Wesen. „Ich muß Ihnen danken, daß Sie mich vor einem verhängnisvollen Schritt zurückgehalten haben."

„Bitte, bitte", entgegnete Peter verlegen.

„Gott hat uns das Leben geschenkt, wir dürfen es nicht fortwerfen", plauderte der Automat weiter.

„Ja, ja... Vielleicht, Herr Müller, wenn Sie sich augenblicklich in Verlegenheit befinden ... wenn ich Ihnen aushelfen dürfte..."

Herr Müller schüttelte den Kopf.

„Ich habe eine feste Anstellung, mein Herr, bin Schreiber bei einer großen Firma: Besel & Kreuz, Trikotagen. Seit dreißig Jahren."

„Ja, aber dann, ich verstehe nicht..."

„Mein Herr", Herrn Müllers farblose Augen betrachteten forschend Peters Gesicht. „Mein Herr, verzeihen Sie, aber Sie dürften achtundzwanzig oder neunundzwanzig Jahre alt sein, nicht wahr?"

„Ja, achtundzwanzig."

„Sie wissen demnach nicht, entschuldigen Sie, was dreißig Jahre bedeuten. Seit dreißig Jahren, mein Herr, komme ich punkt acht Uhr ins Büro und sage: Guten Morgen, meine Herren. Seit dreißig Jahren sitze ich an dem gleichen Tisch; an der rechten Ecke ist ein kleines Loch, das hat mein Vorgänger mit dem Taschenmesser geritzt. Seit dreißig Jahren schreibe ich: „In Beantwortung Ihres w. Schreibens..." oder „Wir erlauben uns, Ihnen mitzuteilen..." Dreißig Jahre, mein Herr, dreißig Jahre."

Peter lief es kalt über den Rücken.

„Auch während des Krieges arbeitete ich im Büro, ich hinke nämlich ein wenig, war untauglich..."

Peter goß Herrn Müllers Glas voll.

„Danke. Prost, Herr Brenn!"

„Prost, Herr Müller!"

„Sie dürfen nicht glauben, Herr Brenn, daß ich gegen die Vorsehung undankbar bin. Gewiß nicht. Aber dreißig Jahre sind eine lange Zeit. Freilich, auch unser Herr Jesus Christus hat erst mit dreißig Jahren zu lehren begonnen, aber es waren die ersten dreißig Jahre seines Lebens. Er hat nicht von seinem zwanzigsten bis zu seinem fünfzigsten warten müssen.

Peter horchte auf. Was stak hinter diesem Automaten, dieser korrekten Marionette?

Herr Müller trank sein Glas leer.

„Ich muß Ihnen nochmals danken, Herr Brenn. Ich weiß nicht, was mit mir war. Vielleicht der graue Herbstabend... Ich hatte mit einemmal den Mut und den Glauben verloren... Hatte vergessen, daß ich, Friedrich Müller, nicht sterben darf... Alle anderen dürfen sterben, Herr Brenn, aber Friedrich Müller darf es nicht!"

„Herr Müller, wir alle kennen Tage der Verzagtheit... Ich habe ein Heilmittel entdeckt... Wenn Sie mir vertrauen wollen, vielleicht kann ich Ihnen helfen."

„Wenn Sie mir helfen können, Herr Brenn, diese unwürdige Schwäche zu überwinden, wäre ich Ihnen äußerst dankbar."

„Gut, wollen Sie sich, bitte, auf das Sofa setzen?"

Herr Müller zögerte.

„Sie dürfen mir wirklich vertrauen", sagte Peter in warmem Ton.

„Das ist es nicht, Herr Brenn. Aber haben Sie vielleicht einen Lappen bei der Hand? Meine Stiefel sind schmutzig, ich möchte Ihr Sofa nicht ruinieren."

Mein Gott, dachte Peter, was ist das für ein Mensch? — Vor Dreiviertelstunden wollte er sich umbringen, und jetzt denkt er daran, daß seine schmutzigen Stiefel mein Sofa ruinieren könnten!

Er holte einen Lappen. Herr Müller putzte die Stiefel ab und legte sich aufs Sofa.

In fünf Minuten war er eingeschlafen.

Peter faßte seine Hände und starrte auf ihn nieder. Wie klein er dalag, wie bescheiden, wie kläglich! Ein armer Schatten, wenn man ihm nur helfen könnte. Aber wie?... Peter dachte an die Worte, die sein Gast gesprochen hatte und plötzlich wußte er: Herr Friedrich Müller, der Schreiber, der Mann, der seit dreißig Jahren am gleichen Tisch sitzt — rechts ist ein kleines Loch — der ist nur eine Hülle, hinter dem Automaten verbirgt sich der Mensch.

Er beugte sich tiefer über den Schlafenden:

„Träume, kleiner grauer Mann, träume, arme Marionette des Lebens. Träume deinen Traum. Verrate mir deine Sehnsucht. Träume, Mensch, der den Friedrich Müller, Schreiber angezogen hat, wie ein Kleid, träume!"

Friedrich Müller streckte sich; er schien zu wachsen. Nun war er kein Schatten mehr. Seine verschwommenen Züge änderten sich, der Traum formte sie, wie ein Bildhauer den Ton. Er hob die Hand, die dreißig Jahre geschrieben hatte: „In Beantwortung Ihres w. Schreibens..." Hart war die müde Schreiberhand geworden, unerbittlich, herrisch. Und Peter dachte staunend: was ist das? Wie er die Hand hebt? Und den Kopf, so, daß er mit dem Kinn einen rechten Winkel bildet? Und das herrische, entschlossene Kinn? Das hatte ich früher gar nicht bemerkt. An wen erinnert mich der Mensch?

Und nun sprach der Träumende. Er sagte nur vier Worte: „Ich, Friedrich Müller befehle..."

Aber wie er sie sprach! Alle Macht, alle Herrschaft der Welt sprach aus ihnen. Und nun mit einemmal wußte Peter, an wen ihn der Mann erinnere: an Mussolini. Ja, der Schatten, der Mensch, der ganz aus Bescheidenheit und Demut zu bestehen schien, war in seinen Träumen — der Diktator, der Herr über ein Land, vielleicht der Herr über eine Welt. Friedrich Müller, Diktator.

Peter griff nach dem Traum des Schlafenden, vertiefte ihn, stärkte ihn. Und neue Wandlungen vollzogen sich mit dem Menschen, der vor ihm lag. Peter blickte auf Napoleons Gesicht nieder, auf Napoleons Gebärden. Und wieder änderten sich die Züge, die Härte verwandelte sich in Grausamkeit, ein römischer Kaiser erschien vor Peters Augen, Nero, Caligula...

(Fortsetzung folgt.)

diese Bilanz unter dem Drucke übermenschlicher, wirtschaftlicher Not. Wie noch nie, lastet auf diesem Staate und vor allem auf dem deutschen Industriegebiete eine Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen wir ja alle selbst erleben.

Und das Resultat: **Trotz alledem ist den Schwerstinvaliden eine hundertprozentige Verbesserung ihrer Lage zuteil geworden. Die Herabsetzung der Rentenbezüge bezw. die Entziehung der Renten der Leichtinvaliden, ein schon längst geplanter Angriff einiger, den Kriegsopfern „besonders freundlich" gesinnter politischer Parteien, wurde vereitelt. Ein neuer, sozialer Geist beginnt seinen Einzug in das Ministerium für soziale Fürsorge zu halten; der Organisation ist es gelungen, auf administrativem Wege Erleichterungen durchzusetzen."**

Und wenn wir dieses Resultat mit dem verflossenen Jahre vergleichen, wo man nur ein Bestreben hatte, die Kriegsbeschädigtenfürsorge abzubauen, wo man mit den Kriegsbeschädigtenorganisationen überhaupt nicht einmal verhandelte, dann allerdings haben wir allen Grund, festzustellen, daß wir einige Schritte vorwärts getan haben.

Damit wollen wir nicht sagen, daß wir mit diesem Stande der Dinge uns zufrieden geben können. Aber wir müssen nun doch unterscheiden zwischen Ziel und Weg. Wir begreifen, daß Minister Dr. Czech in einem Jahre, noch dazu in einem Jahre der Not und der Krisen, nicht gutmachen kann, was in vielen Jahren, in Jahren wirtschaftlicher Konjunktur und finanzieller Möglichkeiten versäumt wurde. Wir wissen, daß der Minister jede soziale Maßnahme als politische Konzession erst selbst erkämpfen muß. Wenn wir so das Resultat der bisherigen Tätigkeit Minister Dr. Czechs beleuchten, dann ergibt sich ja unsere Stellungnahme von selbst: Anerkennung und Dank".

Wir können uns also eine eigene Stellungnahme ersparen. Die Kommunisten aber können ruhig weiter schreien und „enthüllen". Die Kriegsinvaliden, die gut wissen, wo ihre wahren Freunde sitzen, werden ihnen nicht auf den Leim gehen!

Oesterreichischer Gewerkschaftskongreß.

Montag um 10 Uhr vormittags wurde in Wien der elfte ordentliche österreichische Gewerkschaftskongreß eröffnet. Den Vorsitz führte Nationalrat Gen. Janecek, der die Verhandlungen mit einer Eröffnungsrede einleitete, in der er der Mitarbeit der Gewerkschaften bei allen Abwehrbestrebungen gegen den Heimwehrputschismus gedachte.

Hätte die Arbeiterschaft nicht so scharf Wache gehalten, hätte der Schutzbund nicht der Regierung gezeigt, daß die Arbeiterklasse zum Aeußersten entschlossen ist, so wäre von den Behörden wahrscheinlich gar nichts unternommen worden. Wie der Putsch gemeint war, geht daraus hervor, daß am Tage nachher in den Werken der Alpine ein Anschlag angebracht war, der die zwölfstündige Arbeitszeit einführte. Offenbar hatte man es unterlassen, die Plakatierungsanstalt zu verständigen, daß der Putsch mißlungen sei.

Janeček verlas dann einen Brief des Genossen Hueber, worin dieser mitteilt, daß er mit Rücksicht auf sein hohes Alter nicht mehr als Obmann des Bundes der freien Gewerkschaften fungieren könne.

Seitz begrüßte den Kongreß im Namen der Parteivertretung. Er erklärte, alle Anzeichen wiesen daraufhin, daß man uns in Oesterreich wieder nach demselben Rezept sanieren will, nämlich auf Kosten der Arbeiter. In einigen Stunden vielleicht schon werden Vertreter der Gewerkschaften und der Partei gemeinsam über die Abwehr der Anschläge auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft beraten müssen. Die Vorgänge in England zeigen, daß im Kapitalismus alles wankt, und wir sehen den Tag kommen, an dem diese innerlich ausgehöhlte kapitalistische Wirtschaft stirbt und sich auf den Trümmern der Sozialismus erhebt.

Auf dem Kongreß sind außer den ordentlichen Delegierten, im ganzen zirka 400, zahlreiche Gastdelegierte des In- und Auslandes erschienen. Unter anderem: Als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes dessen erster Sekretär Schevenells, als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hermann Müller, als Vertreter der Dänischen Gewerkschaften Brun, der schwedischen Eduard Johanson, der Schweizer Meister und Wyß, der tschechoslowakischen die Gen. Schäfer und Praček, der ungarischen Rothenstein. Weigel.

Sodann erstattete den Rechenschaftsbericht des Vorstandes Sekretär Nationalrat Schorsch, den Bericht über die Presse Straas, den Kassenbericht Svitanics, worauf die Verhandlungen abgebrochen wurden.

Am Dienstag wurde die Debatte über den Bericht des Vorstandes abgeführt. Morgen wird Dr. Renner den Bericht über „Wirtschaft und soziale Lage" erstatten.

Der Schwindel mit den Rußland-Delegationen.

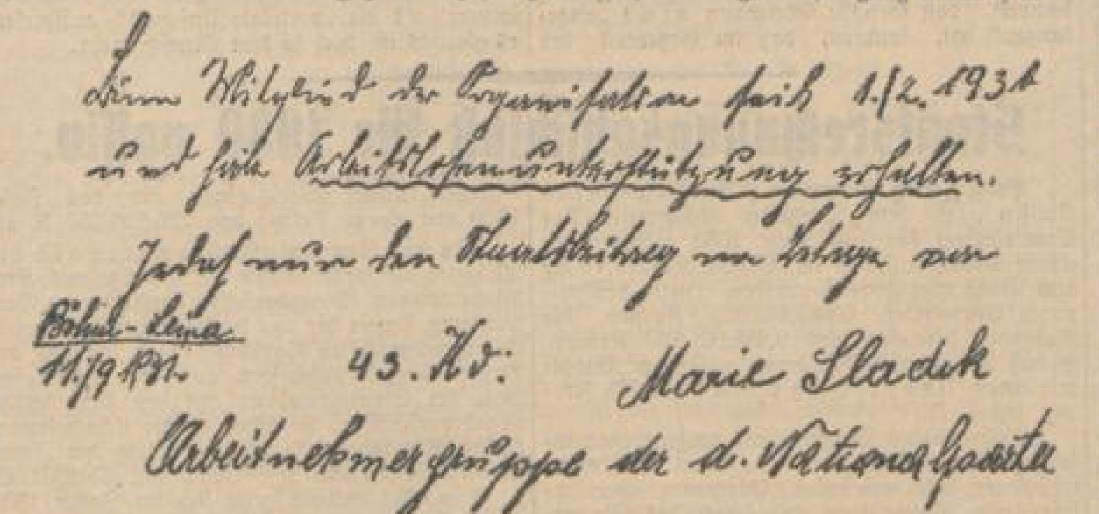
Die Kommunisten machen mit ihren „sozialdemokratischen" Rußlanddelegierten nach wie vor die möglichste Reklame. Einer dieser „sozialdemokratischen" Delegierten ist Herr Franz Polzer, Glaskugler in Steinschönau. Im Reichenberger „Vorwärts" vom 12. September wird die Bescheinigung des dortigen Bürgermeisters Gen. Fritz Kreibich vom 4. Juli d. J. abgedruckt, wonach Polzer von 1924—1928 über Vorschlag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Steinschönau Mitglied der städtischen Polizeikommission war. Dies ist zwar richtig, der Vorschlag beruhte jedoch auf einem Irrtum, Herr Polzer war 1920 der sozialdemokratischen Partei beigetreten, kehrte ihr aber schon 1921 den Rücken. Seither galt er als „Parteiloser". Seine Umstellung zum „vollwertigen" Kommunisten datiert erst seit jüngster Zeit. Es steht also fest, daß Herr Polzer seit 10 Jahren bereits kein Sozialdemokrat ist, was aber die kommunistischen Gaukler nicht hindern wird, ihn immer wieder als „sozialdemokratischen" Rußlanddelegierten und Verherrlicher der bolschewistischen Knute hinzustellen.

Betrug an den Arbeitslosen.

Deutsche Nationalpartei und Kommunisten prellen die Aermsten der Armen.

Bekanntlich dürfen die Gewerkschaften den Staatsbeitrag ohne die gewerkschaftliche Unterstützung nach dem Gesetz über das Genter System nicht zur Auszahlung bringen. Wir machen jedoch die Erfahrung, daß die Kommunisten, die Nazi und sogar die Arbeitnehmergruppe der deutschen Nationalpartei sich nicht an das Gesetz halten, sondern nur den Staatsbeitrag zur Auszahlung bringen, während sie die gewerkschaftliche Unterstützung, die an die Arbeitslosen ausgezahlt werden müßte, zurückbehalten.

Um der Oeffentlichkeit aufzuzeigen, daß die Arbeitnehmergruppe der deutschen Nationalpartei in Böhm.-Leipa die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung den Mitgliedern vorenthält, soll nachstehende Originalbestätigung klarmachen.


Dem Mitglied der Organisation seit 1/2. 1931 und hat Arbeitslosenunterstützung erhalten.
Jedoch nur den Staatsbeitrag [illegible]
Böhm.-Leipa 11/9 1931. 43. Kd: Marie Sladek
Arbeitnehmergruppe der d. Nationalpartei

Wir können neben dem Beweis, daß die Arbeitnehmergruppe der deutschen Nationalpartei diesen Betrug an den Arbeitslosen begeht, gleichzeitig auch nachweisen, daß die kommunistische Textilarbeiterorganisation dasselbe begeht. Wir bringen nachstehend das Klischee aus dem Mitgliedsbuch und verweisen darauf, daß nur der Staatsbeitrag ausgezahlt wurde, während unberechtigterweise dem Mitgliede K 140.40 und K 166.80 vorenthalten wurden

Podpora v nezaměstnání — Arbeitslosenunterstützung.

Pro zaznačení obdržené podpory v nezaměstnání (Zaznačení má nastati teprve tehdy, až je nezaměstnanost ukončena nebo když uplynula podpůrná lhůta)
Für Eintragung der erhaltenen Arbeitslosenunterstützung (Die Eintragung hat dann zu erfolgen, wenn die Arbeitslosigkeit beendet oder die Unterstützungsfrist abgelaufen ist)

Skupina Gruppe	Rok Jahreszahl	Doba trvání (měsíc a datum) Zeitdauer (Monat, Datum) od-vom	do-bis	Za dny Für Tage	Za den Pro Tag Kč	Podpora od odboru Gewerkschaftsunterstützung Kč	h	Státní příspěvek Staatsbeitrag Kč	h	Podpis výplatce Unterschrift des Auszahlers
Warnsdorf 1906	1930/31	24/11	17/4	78	—	140	40	561	60	[signature]
1906 B.	1931	25/4	7/9	78	—	166	80	667	20	[signature]
	19									
	19									
	19									
	19									

Um obiges Klischee noch zu erhärten, bringen wir zwei Protokolle, in welchem klar und deutlich bestätigt wird, daß die Arbeitslosen um die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung geprellt wurden.

Protokoll.

Ich bin am 9. Oktober 1925 zu dem kommunistischen Verband der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen mit dem Sitze in Zwickau (kommunistisch-revolutionärer Textilarbeiterverband, später Sitz in Prag) übergetreten und habe meine Beiträge bis 30. August 1931 geleistet.

Vom 24. November 1930 bis 17. April 1931 war ich arbeitslos und erhielt für 78 Tage den Staatsbeitrag von K 561.60 ausgezahlt. Die gewerkschaftliche Unterstützung von K 140.40 wurde mir vorenthalten.

Hierauf bin ich aus der 2. in die 1. Beitragsklasse übergetreten.

Ich war am 25. April bis 7. September 1931 neuerlich 78 Tage arbeitslos und nachdem ich in der höheren Klasse die Beiträge bezahlte, erhielt ich als Staatsbeitrag K 667.20 ausgezahlt. Die gewerkschaftliche Unterstützung von K 166.80 wurde mir vorenthalten.

In der Sekretariatskanzlei der kommunistischen Organisation wurde mir gesagt, daß ich nur den Staatsbeitrag ausgezahlt erhalte.

Obige Angaben bin ich bereit, vor Gericht jederzeit unter Eid zu bestätigen.

Mit meiner eigenhändigen Unterschrift bestätige ich die Wahrheit obiger Angaben.

Warnsdorf, am 19. September 1931.

Marie Renger m. p.
Eigenhändige Unterschrift.

Die gefertigten Zeugen bestätigen mit ihrer eigenhändigen Unterschrift, daß Frau Marie Renger aus St. Georgenthal Nr. 7 das Protokoll gelesen und eigenhändig unterschrieben hat.

Warnsdorf, am 19. September 1931.

Karl Nitsche m. p. Unterschrift. **Erwin Lukas m. p.** Unterschrift.

Protokoll.

Ich war die ganzen Jahre bis August 1931 Mitglied des Verbandes der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen mit dem Sitze in Zwickau (Kommunistisch-revolutionärer Textilarbeiterverband, später Sitz in Prag) und übte die Funktion als kommunistischer Betriebsausschuß-Obmann bei der Firma Richter in Mildenau bis zu meiner Entlassung aus.

Wir hatten den strikten Auftrag von dem genannten Verbande, an die arbeitslosen Mitglieder die gewerkschaftliche Unterstützung sowie den Staatsbeitrag unterschreiben zu lassen, den Mitgliedern durften wir jedoch über Auftrag des Zwickauer Textilarbeiterverbandes nur den Staatsbeitrag zur Auszahlung bringen und mußten die gewerkschaftliche Unterstützung zurückbehalten. Ich habe persönlich, wenn ich arbeitslos war, nur den Staatsbeitrag ausgezahlt bekommen, während der kommunistische Textilarbeiterverband mir die gewerkschaftliche Unterstützung nicht auszahlte.

Als Hauptvertrauensmann und Betriebsausschuß-Obmann habe ich diese Weisungen von dem Zwickauer Textilarbeiterverband erhalten und bin jederzeit bereit, diese Tatsachen vor Gericht unter Eid zu bestätigen.

Mit meiner eigenhändigen Unterschrift bestätige ich die Wahrheit obiger Angaben.

Mildenau, am 20. September 1931.

Josef Bürger m. p.
Eigenhändige Unterschrift.

Die gefertigten Zeugen bestätigen mit ihrer eigenhändigen Unterschrift, daß Herr Bürger das Protokoll gelesen und eigenhändig unterschrieben hat.

Mildenau, am 20. September 1931.

B. Scholz Unterschrift. **Heinrich Gries** Unterschrift.

Diese Organisationen können den Mund nicht genug aufreißen, sie verunglimpfen täglich und stündlich die freien Gewerkschaften, bezichtigen sie des Verrates und des Betruges an der Arbeiterschaft. Durch diese Dokumente ist erhärtet, daß eigentlich der Betrug an der Arbeiterschaft gerade diejenigen begehen, welche am meisten schreien.

Scharfe Maßnahmen

gegen Abspitterungsversuche innerhalb der SP.

Berlin, 23. September. (Eigenbericht.) Der Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei hat heute eine längere Sitzung abgehalten, die sich mit den Versuchen befaßte, eine neue Spaltung in der Partei zu unterstützen. Es handelt sich zunächst um die Bildung einer sogenannten „Linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft", die aus der Friedensgesellschaft entstanden ist und offen zur Schaffung einer neuen Partei aufruft. Diese Gruppe will bei den preußischen Landtagswahlen selbständig kandidieren. Eine zweite Organisation hat sich im Anschluß an die von Seydewitz und Rosenfeld begründete „marxistische Büchergemeinde" gebildet, die seit neuestem ein eigenes Wochenblatt „Fackel" herausgibt. Der Parteiausschuß hatte schon im Juni beschlossen, daß jede Betätigung für diese Sonderbestrebungen als parteischädigend angesehen werden müsse. Trotzdem ist diese Unterminierung der Partei fortgesetzt worden. Für die Verbreitung der „Fackel" wurde sogar widerrechtlich erschlichenes Adressenmaterial der Partei verwendet.

Der Parteiausschuß hat nunmehr heute den Beschluß gefaßt, die Zugehörigkeit zur deutschen Friedensgesellschaft mit der Parteizugehörigkeit als unvereinbar zu erklären, ebenso die Beteiligung an den Sonderbestrebungen, wie sie durch die Gründung und Unterstützung der „Fackel" zum Ausdruck kommen. Der Parteivorstand wird gleichzeitig aufgefordert, alle zur Erhaltung der Parteieinheit und zur Bekämpfung der gerügten Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt einzuleiten.

Von bekannteren Genossen, die sich an diesen Sonderbestrebungen bisher beteiligten, sind zu nennen Seydewitz, Rosenfeld, Schrödel, Ottinghaus, Portune und Ziegler. Sie werden sich jetzt zu entscheiden haben, ob sie sich der Parteidisziplin fügen oder ausscheiden wollen. Daß diese Maßnahmen irgendwelche schädlichen Folgen für die Parteiorganisation haben werden, ist nicht zu erwarten.

Scharfe Devisenverordnung in England

London, 22. September. Die erste Regierungsmaßnahme, die auf Grund des gestern beschlossenen Währungsgesetzes getroffen wurde, ist die Veröffentlichung einer Verordnung des Schatzamtes, durch die jeder Kauf ausländischer Werte und jede Ueberweisung von Guthaben ins Ausland zu dem Zweck, um dort mittelbar oder unmittelbar Devisen dafür zu erlangen, bis auf weiteres britischen Untertanen und solchen Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in Großbritannien haben, verboten wird.

Das Verbot gestattet solche Transaktionen nur in den folgenden drei Ausnahmefällen:

1. Wenn eine normale wirtschaftliche Notwendigkeit nachgewiesen wird; 2. Wenn Verträge bestehen, die vor dem 21. d. M. abgeschlossen wurden; 3. Wenn Reisespesen oder andere begründete persönliche Ausgaben die Anschaffung von Devisen nötig machen.

Wiedereröffnung der Londoner Börse.

Starkes Ansteigen der Goldnotierung.

London, 22. September. Die Londoner Effektenbörse wird morgen wieder geöffnet. Die heutige Goldnotierung wurde in London mit 99.7 Schilling gegenüber dem gestrigen Kurse von 84.9.75 Schilling festgesetzt. Der Lokpreis für Silber notiert 15.37 gegen 14.37 am Vortage und auf Lieferung 15.50 gegen 14.50 am gestrigen Tage.

Große Kursschwankungen des Pfund.

In Berlin notierte das englische Pfund am Dienstag 19.25 gegen 20.47 am Sonnabend. In New-York war das Pfund starken Schwankungen unterworfen. Nachdem es am Samstag noch 4.85 notierte, war es Dienstag bis auf 3.90 abgeschwächt. Auch die nordischen Devisen lagen in New-York auffallend schwach.

In Zürich wurde das Pfund mit 24.75 gegen 24.86 am Sonnabend genannt. Ein amtlicher Kurs wurde nicht festgesetzt. In Amsterdam war ein Kurs für das Pfund nicht zu hören. In Paris nannte man das Pfund im freien Handel 110 bis 112 gegen 123.97 am Samstag.

Rückgang der dänischen Währung.

Berlin, 22. September. Die Berliner Blätter berichten aus Kopenhagen, daß in Dänemark größte Beunruhigung über die weitere Entwicklung des englischen Pfundkurses herrsche, da die dänische Währung mit der englischen auf Leben und Tod verbunden sei. Dies geht auch aus dem sensationellen Rückgang des Kurses der dänischen Krone hervor, welcher Rückgang Montag volle 20 Prozent erreichte.

Nach einer heute erlassenen amtlichen Bekanntmachung ist ab heute bis auf weiteres die Ausfuhr von gemünztem Gold oder Gold in Barren aus Dänemark verboten.

Das Standrecht in Ungarn.

Protest der Sozialdemokratie.

Budapest, 21. September. Die sozialdemokratische Parteileitung und Parlamentsgruppe hielten heute abend eine Sitzung ab und protestierten gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit und Ausdehnung des standrechtlichen Verfahrens.

Tagesneuigkeiten

Eine rote Gemeinde im Bezirk Königswart.

Wir lesen im „Volkswille“:

Für den 27. September 1931 war auch in der Gemeinde Grafengrün die Wahl in die Gemeindevertretung ausgeschrieben worden. Da in dieser Gemeinde die Wahl der Vertreter immer auf Grund einer Einheitsliste vorgenommen wurde, so wurde auch diesmal eine Einheitsliste aufgestellt. Unsere Partei bekam bei der Aufstellung der Kandidaten acht Mandate, somit die Zweidrittelmehrheit in der Gemeinde, die bürgerliche Liste vier Mandate. Bisher war das Verhältnis sechs zu sechs. Unsere Genossen hätten wahrscheinlich auch bei einer Wahl die acht Mandate durchgebracht, da sie schon bei der letzten Parlamentswahl die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatten. Bemerkenswert ist, daß Grafengrün die erste Gemeinde im Bezirk Königswart ist, die eine sozialdemokratische Majorität hat; es ist aber zu hoffen, daß bei den kommenden Gemeindewahlen weitere Gemeinden folgen werden. — In den Gemeinden Kleinschüttüber und Teschau, ebenfalls im Bezirk Königswart, wo wir bisher in der Gemeindevertretung nicht vertreten waren, wurden Einheitslisten aufgestellt, wo unsere Genossen in jeder Gemeinde vier Mandate besetzen; das bedeutet wieder einen Gewinn von 8 Mandaten für unsere Bewegung.

Skandal um Hitler.

Selbstmord seiner Nichte.

Die „Berliner Neue Montags-Zeitung“ meldet aus München: Der Samstag bekanntgewordene Selbstmord der 23jährigen Nichte Adolf Hitlers, Geli Raubal, entpuppt sich als ein für Adolf Hitler äußerst peinlicher Skandal. Das junge Mädchen ist, wie in Parteikreisen der Nationalsozialisten bekannt ist, seit längerer Zeit die Geliebte Adolf Hitlers gewesen. Als Grund des Selbstmordes wird die bittere Enttäuschung des jungen Mädchens über das Privatleben Hitlers angegeben.

Der Fall erregt in München um so größeres Aufsehen, als man sich erinnert, daß schon einmal vor ungefähr drei Jahren ein junges Mädchen wegen Hitler Selbstmord verübte.

Der Fall ereignete sich in Berchtesgaden, wo Hitler bei einer ihm befreundeten Familie verkehrte und mit der Tochter des Hauses ein Liebesverhältnis anknüpfte, das nicht ohne Folgen blieb. Aus Angst beging das Mädchen damals Selbstmord durch Erhängen, nachdem es Hitler in einem Brief an seine Eltern als alleinigen Schuldigen bezeichnet hatte.

Diese Affären sind — so führt die „Neue Montags-Zeitung“ weiter aus — keine bloßen Privatangelegenheiten Hitlers, weil sie den Hintergrund für die schweren Korruptionserscheinungen in der Führung der nationalsozialistischen Partei bilden. Die Unterführer wissen über ihren obersten Führer so viel, daß Hitler gewissermaßen ihr Gefangener ist und bei gewissen in trübe Affären verwickelten Gauführern nicht einschreiten und eine Reinigungsaktion durchführen kann.

Alles schon dagewesen . . .

Paris, 22. September. Die englische Währungskrise hat unter den zahlreichen dauernd oder vorübergehend in Paris weilenden Engländern geradezu panikartig gewirkt. In den großen Hotels gab es eine wahre britische Auswanderung. Viele Engländer zogen es vor, schleunigst die Heimreise anzutreten. Die Züge nach Calais waren infolgedessen überfüllt.

Noch alarmierender wirkte die Krise an der Riviera. Die Banken wurden dort gestern nachmittag von Hunderten von englischen Reisenden belagert. Die Reviera-Banken zahlten für das englische Pfund nur 85 Franken, wechselten auch nur 10 Pfund auf einmal um. Nur die großen Hotels zahlten ihren Kunden entgegenkommender Weise 90 Franken für das Pfund. Bemerkenswert ist, daß an der Riviera schon während der letzten drei Tage das Pfund unter dem offiziellen Währungskurse gehandelt wurde.

Ein Motorboot im Sturm gesunken.

15 Norderneyer Badegäste ertrunken, nur vier gerettet.

Norderney, 22. September. Das Motorboot „Annemarie“, das, mit 18 Personen an Bord, einen Ausflug nach der Insel Juist unternommen hatte, ist auf der Rückfahrt während der Nacht durch stürmisches Wetter in Seenot geraten und gesunken.

Die ersten Nachrichten stammen von einem Teilnehmer der Fahrt, der gegen 5 Uhr morgens den Versuch unternommen hatte, die Vogelinsel Memmert schwimmend zu erreichen, wo er gegen 7 Uhr morgens völlig erschöpft eintraf. Nach seinen Angaben ist das Boot infolge des schweren Seeganges vollgeschlagen.

Das Norderneyer Rettungsboot sowie das Borkumer Rettungsboot liefen sofort aus, um Klarheit über das Schicksal der „Annemarie“ zu schaffen. Von der Seeflugstation Norderney aus wurde ein Flugzeug mit Funkeinrichtung entsandt. Kurz nach 9 Uhr meldete das Flugzeug, daß das Boot an der Westecke von Juist liege und Rettungsboote bereits zur Stelle seien. Eine weitere Meldung besagte, das Boot sei inzwischen gesunken.

Es konnte noch ein weiterer Insasse des gesunkenen Motorbootes gerettet werden, der sich an dn Mast geklammert hatte und vom Juister Motorboot „Ilse“ aus seiner gefährlichen Lage befreit wurde. Noch unbestätigt ist, daß zwei weitere Insassen des gesunkenen Motorbootes gerettet sein sollen. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die übrigen 15 Personen, darunter der Badedirektor und Zeitungsverleger Specht von Borkum, ein Opfer der Wellen geworden sind.

Die deutschen Ozeanflieger gerettet.

New York, 22. September. Einer Meldung der Associated Preß zufolge ist in Halifax gestern am späten Abend ein Funkspruch des Dampfers „Belmoira“ eingegangen, der berichtet, daß von den geretteten drei deutschen Fliegern Johannsen und Rody sich bei bester Gesundheit befinden; lediglich da Costa Beiga hat eine Beinverletzung erlitten. Die Flieger wurden etwa 50 Meilen von der Stelle aufgefunden, wo man ihre Maschine am 15. September gesichtet hatte. Daraus wird geschlossen, daß ihr Kompaß durch die Erzlager von Belle-Island gestört worden ist, so daß sie im Kreise herumgeflogen sind, bis der Brennstoff erschöpft war.

„Selbst die Gegner müssen die Arbeit des Fürsorgeministers anerkennen.“ In dem betreffenden, unter obigem Titel gestern erschienenen Zitat aus der „Deutschen Presse“ muß es natürlich statt vier Millionen Kronen für Arbeitslosenunterstützung, richtig heißen vierhundert Millionen.

Steueramt berechnet 1600 Prozent Zinsen. Ein Steuerträger im Graslitzer Bezirk erhielt, da er mit einem Betrage von 5 Hellern im Rückstande war, vom Steueramte einen Erlagschein mit einer sehr interessanten Aufstellung, die als Kuriosum festgehalten zu werden verdient. Dem Steuerträger wurde seine Verpflichtung dem Fiskus gegenüber wie folgt detailliert: Restbetrag 5 Heller, 7 Prozent Verzugszinsen für fünf Tage 85 Heller (!!!), Mahngebühr 50 Heller, zusammen 1 K 40 Heller. Eine einfache Berechnung ergibt, daß 7 Prozent Verzugszinsen für fünf Tage einem Zinssatz von 1600 entsprechen, um von 5 Hellern auf 85 Heller anzuwachsen. Der Steuerträger hat, wie uns berichtet wird, seine Schuld von 1 K 40 Heller an das Amt ungesäumt eingezahlt, weil er mit Recht befürchtet, die famose Zinsenrechnung eines staatlichen Amtes würde seine aus 5 Hellern erwachsene Verpflichtung in kurzer Zeit in erstaunliche Beträge verwandeln . . .

Zum Erzbischof von Prag wird, wie einige Blätter melden, der bisherige Bischof von Königgrätz, Kaspar, ernannt werden.

Gräßlicher Tod eines Kindes. Aus Dux wird uns gemeldet: Der fünfjährige Erich Gaude in Haan geriet, als er mit seinem Bruder auf der Straße hinter einem Fuhrwerk herlief, unter ein aus entgegengesetzter Richtung kommendes Lastauto. Ein Vorderrad des schweren Wagens ging dem unglücklichen Kinde über den Kopf und zermalmte ihn vollständig, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Freitod in den Flammen. Gestern früh verübte, wie die „Abendzeitung“ berichtet, in Prag eine etwa 30jährige Frau, deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte, hinter dem Tor des Gemeindehofes in Weinberge auf furchtbare Weise Selbstmord. Sie begoß ihre Kleider mit Benzin und zündete sie an. In wenigen Sekunden brannte die Unglückliche lichterloh. Ein Wachmann, der in nächster Nähe stand, warf eine Kotze auf die Frau und löschte dadurch das Feuer. Die Selbstmörderin war aber bereits tot. Es handelt sich um eine kleine, magere Frau, deren ärmliche Kleidung darauf schließen läßt, daß es sich um eine Arbeiterin handelt.

Zurück aus Grönland. An Bord des dänischen Schiffes „Hans Eggede“ werden in den nächsten Tagen die deutschen Grönlandforscher Georgi und Sorge, zwei enge Mitarbeiter des in der Arktis ums Leben gekommenen Professor Wegener nach Kopenhagen zurückkehren. Georgi und Sorge haben in einer Eishöhle mit nur wenig Proviant und Feuerungsmaterial im inländischen Grönlandeis überwintert; insgesamt hielten sie sich etwa 400 Tage in der Eiswüste auf. Die Forscher haben u. a. den „Kälteweltrekord“ von 65 Grad und die größte Eisdicke von 2700 Meter gemessen.

Piccard stratosphärenmüde? Professor Piccard-Brüssel teilt mit, daß weder er noch sein Assistent Kipfer die Absicht haben, jemals wieder in die Stratosphäre aufzusteigen. Hingegen werde voraussichtlich von einem belgischen Piloten und einem belgischen Physiker von Augsburg aus nochmals ein Aufstieg in dem von ihm benutzten Ballon vorgenommen werden. Die beiden Belgier hätten die Absicht, einen neuen Höhenrekord aufzustellen.

Eine Zeitung erscheint 1000 Jahre. In Peking (China) erscheint die Zeitung „Kin-Pau“, die als die älteste Zeitung der Welt angesehen werden kann. Seit über eintausend Jahren ist sie beständig erschienen, und zwar immer gedruckt. Ein erneuter Beweis dafür, welche Kultur die alten Völker bereits besaßen. Leider besitzt das Archiv dieses Zeitungsverlages nicht mehr sämtliche Jahrgänge. Sonst wäre diese Zeitung die beste und reichhaltigste Chronik Chinas. Trotzdem reichen die noch vorhandenen Bände aus, Gelehrten und Geschichtsforschern als Quellenstudium chinesischer Vergangenheit und Kulturgeschichte zu dienen.

Opfer der Alpen. Bei der Besteigung der Großen Zinne in den Dolomiten stürzte der Diplomingenieur Hans Vogt aus München ab und verunglückte tödlich; das gleiche Schicksal erlitt der 22 Jahre alte Münchner Bergsteiger Spilner bei der Besteigung des Predigtstuhls im Wilden Kaiser.

Graf Helldorf festgenommen. Die Rädelsführer der Berliner Kurfürstendamm-Unruhen, Graf Helldorf und sein „Adjutant“ Ernst, die nach den Nazi-Exzessen zunächst geflüchtet waren und die von ihnen Mißleiteten vor Gericht im Stich gelassen hatten, sind Montag in Berlin festgenommen worden. Das Verfahren gegen Helldorf und Ernst wird in einigen Tagen vor dem Schnellgericht stattfinden.

Zwillinge mit verschiedenen Geburtsorten. Der Fall, daß Zwillinge in zwei verschiedenen Gemeinden zur Welt kommen, dürfte sich nur äußerst selten ereignen. In Papiriano (Gemeinde Fiumicello, Görz) gebar eine Frau, Maria Gigante, ein Mädchen. Die Mutter mußte eilends ins Krankenhaus nach Monfalcone geschafft werden und schenkte dort einem zweiten Mädchen das Leben.

Schweres Autounglück. In den Vormittagsstunden des Dienstag kehrte das Lastenautomobil der Olmützer Firma „Zora“ nach Olmütz zurück. Bei Wisowitz kam das Automobil in dem aufgeweichten Terrain ins Schleudern, stürzte um und stieß an eine große Eiche. Alle drei Insassen, unter ihnen eine 16jährige Fabriksarbeiterin der Firma „Zora“, wurden getötet.

Ein Kind im Bach ertrunken. In einem Bach bei Frisdek wurde Montag nachmittags ein toter Knabe aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß es sich um den Sohn des Viktor Kubal aus Kunčidek bei Mistek handelt, der in einem unbewachten Augenblick von zu Hause weglief, in den Bach fiel und ertrank. Die Eltern suchten den Knaben schon seit gestern früh.

Mailand als Rauschgiftzentrale.

Aus der Praxis des internationalen Giftschmuggels.

Rom, 21. September. (Eig. Drahtber.)

Einem ausgedehnten und international geführten Schmuggel von Rauschgiften der verschiedensten Art ist man jetzt in Mailand auf die Spur gekommen; die ersten Verhaftungen sind bereits erfolgt. Es handelt sich um die Entdeckung von zwei außergewöhnlich verzweigt organisierten Schmugglerbanden. Bekannte Rechtsanwälte, Aerzte und Apotheker sind in den Skandal verwickelt.

Der Detektiv im Freudenhaus.

Die eine der beiden Banden, für die Mailand eine Art Handelszentrale war, wurde von einem in Konstantinopel lebenden sehr vermögenden Italiener beliefert. Der mailändische Geschäftsvertreter der „Firma“ war ein Grieche, dessen wohlorganisiertes Büro von einem bekannten Mailänder Anwalt beraten wurde. Der reiche Italiener in Konstantinopel lieferte Kokain, Opium und alles, was sonst noch jeweils auf dem Rauschgiftmarkt gefragt war. Die Ware wurde zum Teil per Flugzeug und zum Teil im Orientexpreß (unter Mithilfe bestochener Schlafwagenschaffner) nach Mailand befördert. Von hier aus wurde das Gift nach der Schweiz, nach Deutschland, England, ja selbst nach den großen Städten Nord- und Südamerikas weitergeleitet.

Das Treiben der Bande wurde durch einen Detektiv aufgedeckt, der von einen Angestellten eines luxuriösen Freudenhauses erfuhr, aus welcher Quelle die „Direktion“ des Bordells mit Kokain beliefert wurde. Zuerst wurde der Mailänder Lieferant verhaftet, kurze Zeit darauf ein Hintermann: der Grieche. Im Büro der Schmuggelzentrale wurde ein großer Teil der Handelskorrespondenz beschlagnahmt; bei dem Anwalt, der als juristischer Beistand diente, fand man die Lieferungsverträge.

„Die Insel der Träume.“

Eine zweite Schmugglerbande hatte ihre Zentrale auf der sogenannten „Insel der Träume“. Die „Insel der Träume“ ist eine allen Kokainisten und Opiumrauchern Mailands wohl bekannte, mit großer Eleganz ausgestattete Villa, in der schon Tausende dem gefährlichen Laster gefrönt haben. Sofern das in ziemlich beträchtlichen Quantitäten beschaffte Kokain nicht auf der „Insel der Träume“ selbst verbraucht wurde, ist es von hier aus wieder weiter verschoben worden. Lieferanten waren zum Teil Aerzte, die das Rauschgift von gleichfalls eingeweihten Apothekern auf Rezepte bezogen — zum andern Teil ausländische Schmuggler. Die Schmuggler holten das Kokain meist aus der Schweiz; regelmäßig jede Woche passierten ihre Luxusautomobile die Grenzen. Für das Kilogramm Kokain wurden etwa 16.000 Kronen bezahlt.

Es ist kein Zweifel, daß die bei diesem Giftschmuggel zu erzielenden hohen Preise einen wesentlichen Anreiz bieten, sich gegen das Gesetz zu vergehen. Die beteiligten Aerzte und Apotheker werden bestimmt damit gerechnet haben, daß sie ihre Existenz aufs Spiel setzten. Jetzt haben sie sie wahrscheinlich verwirkt. F.

Die richtige Linie der Kommunisten:

Freche Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie.

Die Mamelucken des Politbüros, die krampfhaft nach einem Wahlschlager gegen die Sozialdemokraten suchen, glauben nunmehr einen gefunden zu haben: Sie schieben die Schuld an den Vorfällen in unserer Görkauer Versammlung unserer Roten Wehr und unserer Jungstaffel zu, über deren „Blutterror“ sie sich wie Irrsinnige „entrüsten“.

Jetzt haben sie sogar schon entdeckt, wer „angefangen“ hat. Selbstverständlich war das ein „Sozialfascist“, und zwar angeblich Genosse Anton Edelmann, wie die Kommunisten in ihrem Pamphlet, das sie am Marktplatz ausgehängt haben, behaupten. Die Kommunisten werden noch hinreichend Gelegenheit bekommen, ihre Behauptungen dort zu beweisen, wo es nicht genügt, nur das Maul aufzureißen!

Zur Steuer der Wahrheit sei vorläufig bloß bemerkt, daß Genosse Edelmann nicht „angefangen“ hat, sondern, daß im Gegenteil der Jungkommunist Kratzer als erster dem Genossen Edelmann mit einem Gummiknüppel einen Schlag über den Kopf versetzte und daß der Vater des hoffnungsvollen „Jungrevolutionärs“ unmittelbar darauf mit einem Bierglas nach dem Genossen Edelmann warf, allerdings, ohne ihn zu treffen.

Im übrigen sind am Montag wiederum zirka hundert Kommunisten, **mit Stöcken bewaffnet**, nach Eidlitz marschiert, wobei sie unaufhörlich: „Nieder mit den Sozialfascisten!“ riefen. Sie wollten dort unsere Versammlung sprengen, mußten aber unverrichteter Dinge wieder abziehen, weil die Versammlung nicht stattfand. (Der Gastwirt hatte in Anbetracht der Görkauer Vorfälle sich geweigert, den Saal für die Versammlung zur Verfügung zu stellen.)

Die kommunistische Partei soll sich doch nicht immer als die „verfolgte Unschuld“ aufspielen, es glaubts ihr doch so kein Mensch mehr!

Staatsrechnungsabschluß für 1930 passiv.

Prag, 22. September. Aus informierten Kreisen wird dem Preßbüro mitgeteilt: Das Staatsbudget für das Jahr 1930 rechnete mit einem Ueberschuß von 52,962.693 Kronen. Nach dem Rechnungsabschluß wurden erzielt: präliminierte Einnahmen 9.645,443.933 Kronen, die Ausgaben betrugen bloß 9.286.061.197 Kronen, so daß die Wirtschaftsführung nach dem Budget mit einem Ueberschuß von 359,382.735 Kronen schloß.

Während des Budgetjahres mußten aber infolge neuer Gesetze, der im Jahre 1930 abgeschlossenen internationalen Abkommen oder infolge von Maßnahmen, die durch das Finanzgesetz, resp. durch einige Gesetze aus früheren Jahren bewilligt waren (z. B. zur Regelung der Bezüge der Altpensionisten, für den Weihnachtsbeitrag an die aktiven Angestellten und Lehrer, zur Deckung der Staatsschuld nach den im Jänner 1930 im Haag abgeschlossenen Abkommen u. ä.) weitere nichtpräliminierte Ausgaben gemacht werden. Diese Ausgaben betrugen, soweit sie nicht durch für sie bestimmte nichtpräliminierte Einnahmen gedeckt waren, im ganzen 585,603.087 Kronen.

Die präliminierte und nichtpräliminierte Budgetwirtschaft schließt somit für das Jahr 1930 mit einem Defizit von 226,220.352 K ab.

In der Staatswirtschaft außerhalb des Budgets, die hauptsächlich die Erträge aus Kreditoperationen (Staatsanleihe) und deren Verwendung, ferner die aus der Kassabarschaft gegen Ersatz ausgezahlten Vorschüsse (z. B. Deckung der Bauten von Wohnhäusern aus der Losanleihe, Rate der Staatsschatzbons aus den Vermögensabgabevorschüssen, Vorschuß an die tschechoslovakischen Staatsbahnen auf den Ertrag der Investitionsanleihe nach dem Gesetz Nr. 35-1931 S. d. G. u. V.) enthält, zeigt sich im Jahre 1930 ein Kassenabgang von 439,888.250 Kronen.

Die Staatswirtschaft schließt somit im Jahre 1930 mit einem Abgang von 666,108.602 Kronen und keineswegs, wie in einigen Tagesblättern angeführt wurde, vielleicht mit einem Defizit von 830 Millionen ab.

Die Kontokorrenteinnahmen und -Ausgaben haben keinen Einfluß auf den Stand des Staatsvermögens und ihr Unterschied wirkt daher auf den Stand der Staatskasse bloß vorübergehend und insofern, daß er die tatsächliche Kassabarschaft herabsetzt, resp. erhöht.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Donnerstag.

Prag: 11.30 Schallplatten. 14.00 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung: Dr. Moucha: Neue Bücher; landwirtschaftliche Sendung. 19.05 Liederkonzert. 20.00 Jugoslawischer Nationalabend. — **Brünn:** 17.45 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung: Jugendstunde. 19.05 Opernmusik. — **Preßburg:** 13.30 Orchesterkonzert. 18.20 Rezitationen. 18.40 Violinkonzert. — **Berlin:** 16.30 Lehrer großer Meister. — **Breslau:** 18.40 Cellokonzert. 21.00 Jugoslawischer Abend. — **Königsberg:** 20.00 „Cosi fan tutte“, Oper von Mozart. — **München:** 19.30 Blasmusikkonzert. — **Wien:** 19.30 Jazz auf zwei Klavieren. 22.00 Orchesterkonzert.

Geglückte Bagno-Flucht. Zwölf Sträflingen aus der französischen Strafkolonie Guyana gelang auf abenteuerliche Weise die Flucht aus dem Bagno. Die Sträflinge waren 14 Tage lang in stetem Kampf gegen wilde Tiere durch die Wälder gezogen, bis sie die Küste erreichten. In zwei Booten setzten sie nach Venezuela über. Eines der Boote kenterte im Sturm; seine sechs Insassen ertranken. Die anderen sechs erreichten glücklich Venezuela, wo sie bei der Ankunft verhaftet wurden. Es sind jedoch bereits Schritte eingeleitet, um die Begnadigung und die Freilassung der Flüchtlinge zu erwirken.

Achtzig Jahre Unterseekabel. Am 25. September dieses Jahres sind 80 Jahre seit der Legung des ersten Unterseekabels der Welt vergangen. Dieses Kabel wurde auf dem Grunde des Kermelkanals zwischen den Städten Dover und Calais gelegt. Die Herstellung eines Kabels für derartige Zwecke war erst möglich, nachdem Werner Siemens kurz vorher die Verwendung von Guttapercha als Isolationsmittel erfunden hatte. Das Guttapercha diente nun zur Umhüllung der einzelnen Kupferadern des Kabels, das außen durch einen Mantel von Stahldraht geschützt wurde. Das erste deutsche Unterseekabel wurde erst vor dreißig Jahren, am 1. September 1900, in Betrieb genommen; es verläuft von Borkum über die Azoren nach New York. Während jenes erste Unterseekabel zwischen Dover und Calais nur in geringer Tiefe ruht, mußten die späteren Kabel mitunter Tausende von Metern tief unter dem Meeresspiegel versenkt werden; das deutsche Kabel Celebes—Shanghai beispielsweise steigt bis zu acht Kilometern Tiefe hinab. Die Kabel werden mit besonders dazu eingerichteten Dampfern gelegt. Vor dem Kriege besaß Deutschland zwei solche Kabeldampfer. Sie mußten nach dem Friedensschluß ausgeliefert werden. Seit 1926 ist wieder ein deutscher Kabeldampfer im Dienste. Besondere Schwierigkeiten bietet die Reparatur der Unterseekabel, da kein Taucher in Tiefen von mehreren hundert oder gar tausend Metern hinabsteigen kann. Die Kabel werden mit sinnreich konstruierten Greifwerkzeugen erfaßt, selbsttätig durchschnitten, emporgezogen und nach der Beseitigung des Schadens wieder versenkt.

Neuer Golfstromlauf?

Der „Internationale Ueberwachungsdienst zur Bekämpfung der Eisberggefahr" und die Wissenschaft. — Die merkwürdigen Feststellungen des Ozeanographen Mosby.

Oslo, Mitte September. (Eig.-Ber.) Die amerikanische Regierung hat im vergangenen Jahr einen jungen norwegischen Gelehrten, den Ozeanographen Olaf Mosby, eingeladen, die Leitung des internationalen Ueberwachungsdienstes zur Bekämpfung der Eisgefahr zu übernehmen. Seitdem Mosby seinen Posten bekleidet, hat er eine Reihe interessanter Phänomene feststellen können, die nicht nur vom wissenschaftlichen oder nautischen Gesichtspunkt wichtig, sondern auch von großem allgemeinpraktischen Interesse sind.

Zusammenarbeit von 14 Nationen.

Der junge norwegische Gelehrte, der seinen Beobachtungsposten in der Baffin-Bay und auf der Schiffahrtsstraße, die unter dem Namen Davidstraße bekannt ist, bezog, hatte vor allem die Aufgabe, die genaue Route der schwimmenden Eisberge festzustellen, um einen möglichst günstigen Zeitpunkt für die Passage der Schiffe zu ermitteln. Dieser Ueberwachungsdienst wird dank der finanziellen Unterstützung von 14 Nationen, die an der Weltschiffahrt unmittelbar interessiert sind, durchgeführt. Zunächst hat jede dieser Nationen ein eigenes Kontrollschiff; darüber hinaus wird auf Kosten aller Beteiligten ein internationaler Eispatrouillendienst durchgeführt. Es handelt sich insbesondere darum, wie die Wiederholung einer so schrecklichen Katastrophe wie die der „Titanic" im Jahre 1912 zu verhindern ist.

Eisberg-Statistik.

Schon seit langen Jahren steht fest, daß die durchschnittliche Zahl der Eisberge, die von den Arktisregionen südwärts ins Gebiet des Atlantik wandern, sich auf jährlich annähernd 400 beläuft. Diese Statistik hat ihre Grundlage in Beobachtungen in der Gegend von Terra Nova. Nur im Jahre 1929 ist die Zahl dieser schwimmenden Berge außergewöhnlich stark angewachsen; man zählte 1351 Eisberge, die den 40. Breitegrad passiert haben. Nach diesem ungemeinen Zuwachs wurde im Jahre 1930 das absolut gegenteilige Phänomen konstatiert: man zählte alles in allem 15 schwimmende Eisberge. Die Erscheinung war umso auffälliger, als sie von einer Reihe anderer außergewöhnlicher Geschehnisse begleitet war.

Lachsfang im Jänner.

Das auffallende Begleitereignis war eine stark zuerst völlig unerklärliche Vermilderung des Klimas in den beobachteten Regionen. Man muß bemerken, daß die Buchten von Terra Nova im vergangenen Jahre nicht mit Eis bedeckt gewesen sind. Der Winter war von einer in diesem Lande vollkommen unbekannten Milde. Selbst während des Jänners konnten die Einheimischen dem Lachsfang nachgehen. Eine Erscheinung, die sich bis dato noch niemals ereignet hat; in den anderen Jahren begann die Lachsfischerei nicht vor Mai. Und in allen nordischen Regionen, in denen sonst die Schiffahrt nicht vor Juli einsetzte, konnte sie diesmal schon Ende Februar eröffnet werden.

Des Rätsels Lösung.

Diese außergewöhnlichen Umstände bildeten natürlich in den letzten Monaten in den genannten sonst so winterlichen Regionen, wenn man so sagen darf, das Tagesgespräch. Im Laufe der Bemühungen, die Erscheinung zu erklären, kam Mosby nun zu dem Ergebnis, daß der Golfstrom seine Richtung gewechselt hat und nunmehr einen nördlicheren Lauf nimmt. (Bei Island und den Pharoinseln traf der schwedische Meteorologe Snadström entsprechende Feststellungen; man muß deshalb für Europa einen kalten Winter befürchten). Und nicht nur der Golfstrom hat seinen Lauf geändert, sondern auch der sogenannte Labradorstrom.

Die von Mosby angefertigten Berichte sind der amerikanischen Regierung eingereicht worden, die, unter der Voraussetzung, daß sich die Richtigkeit der Beobachtungen bestätigt, in diesen Monaten eine Expedition von 30 amerikanischen Gelehrten zusammenstellen wird, die unter der Leitung Mosbys die entsprechenden Forschungsarbeiten fortsetzen soll.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 22. September.) Die heutige Produktenbörse trug, was das Geschäft anbelangt, ein zurückhaltenderes Wesen zur Schau, was auf die außerordentlichen ausländischen Vorkommnisse in der Wirtschaft zurückzuführen ist. Am Getreidemarkte wies Mahlgetreide eine feste Tendenz auf, was diesmal besonders bei Weizen in Erscheinung trat, der sich um 2 K verteuerte. Diese Aufwärtsbewegung ist mit der erschwerten Einfuhr von ausländischem Weizen in Verbindung zu bringen. Roggen lag entweder behauptet oder er befestigte seine Notierungen nur um 1 K. Einen flauteren Grundton wies Gerste auf, die um 2 K nachgab. Man sprach davon, daß sich die Ausfuhr nach England infolge der dortigen Vorkommnisse sehr schwierig gestaltet und die getätigten Abschlüsse würden infolge der Pfundabschwächung erhebliche Verluste bedeuten. Hafer blieb freundlich, seine Besserung betrug durchschnittlich 1 K. Im Einklange mit der Weizenerhöhung vermochte sich am Mehlmarkte ebenfalls Weizenmehl um 2 K zu verbessern. In Roggenmehlen blieben die alten Notierungen in Geltung. Was die übrigen Warengattungen betrifft, ist eine leichte Besserung der Kartoffelpreise (plus 1 K) und eine kleine Abschwächung der polnischen Eier zu verzeichnen. Sonstige Preisveränderungen sind nur unbedeutender Natur. Die Börse war sehr gut besucht. — Es notierten in Kč: Rotweizen böhm., 81—83 Kg. 139—143, 79—80 Kg. 134—138, Weizen gelb böhm., 76—79 Kg. 128—130, Weizen Manitoba I 97—98, Roggen böhm., 69 bis 72 Kg. 151—154, Auswahlgerste 1931 135—140, Gerste Ia 127—133, mittlere 122—125, Hinterindustriegerste 100—105, Hafer böhm. 1931 117 bis 119, fehlerhaft 106—112, Donaumais 60—61, rum. Futtermais, kleinkörn. neu 57—58, Futtermais La Plata 58—59, Erbsen Viktoria 1931 180—210, gelb 150—165, grün, großkörn. 190—210, kleinkörn. 155 bis 165, Linsen großkörn. mähr. 375—425, mittlere 250—300, kleinkörn. 200—230. Mohn blau 1931 390—430, silbergrau 460—500, (Daubaer) 525 bis 575, Kümmel böhm. 410—435, holländ. 410—420, Weißklee 1931 900—1700, Schwedenklee 600—800, Rosenklee 1931 325—400, Kartoffeln gelbfleischig 26—28, weißfleischig 20—22, Heu böhm., ungepreßt, sauer, 55—57, süß 62—64, gepreßt, sauer 57—59, süß 64—66, Roggenstroh in Bündeln, ungepreßt 44 bis 46, Gersten- und Haferstroh, gepreßt 43—45, ungepreßt 42—44, andere Strohsorten, gepreßt 38 bis 40, ungepreßt 37—39, Weizengrieß 250—255, Weizenmehl 0HH 232—237, 0 212—217, Nr. 1 182 bis 187, Nr. 4 152—157, Nr. 8 106—108, Roggenmehl Nr. 0/I 225—230, 65 % 215—220, Nr. II 128—133, Nr. IV 105—107, Graupen Nr. 10—6 200—245, Bruchgraupen 200—205, Hirse 245—253, Reis Burma II 180—185, Moulmain 245—280, Bruchreis 160—170, Weizenkleie 74—75, Roggenkleie 75—76, amerikanisches Fett 960—970, Eier, frische böhm. und mähr. 44—46, slowak. 40—42, polnische 39—41, frische poln. (1440 Stück) in Doll. 23—25.

Gerichtssaal

Das verbrannte Auto.

Ein mysteriöser Indizienprozeß.

(Schwurgericht.)

Prag, 21. September. Die Autobrände bilden eine besondere Art der Versicherungsprozesse. Sie sind meist mit außerordentlichem Raffinement ins Werk gesetzt und die Anklage, die sich regelmäßig auf Indizien aufbaut, hat oft keinen leichten Stand. Der heutige Fall ist ganz besonders schwer, weil das in Frage kommende Auto in einer Autowerkstatt abbrannte, der Brand auch auf das Gebäude und dessen Nachbarschaft übergriff und ein bedeutender Schaden an fremdem Eigentum entstand.

Angeklagt ist der Mietautobesitzer Bohumil Jonja, der am 27. Mai d. J. seinen Wagen in die Reparaturwerkstätte des Wenzel David in Smichow fuhr, um die Sitze neu beziehen zu lassen. Der Chef der Werkstätte nahm den Auftrag entgegen und ging fort, um die geforderte Lederimitation, die zufällig nicht vorrätig war, einzukaufen. Jonja blieb in der Werkstatt und begann den Motor mit benzingetränkter Putzwolle zu säubern, die dann unter dem Wagen liegen blieb. Der Gehilfe Rudolf Bejrážka blieb an diesem Tage ausnahmsweise auch nach 5 Uhr in der Werkstatt, weil er für sich selbst etwas zu tun hatte. Nach sieben Uhr, nachdem sich Jonja wiederholt erkundigt hatte, ob der Chef zurückkomme (was ungewiß war), ging Bejrážka dem Kunden um Bier. Da er gleichfalls schon Feierabend machen und das Geschäft schließen wollte, kehrte er dann nicht erst in die Werkstatt zurück, sondern blieb mit Jonja heraußen auf dem Hofe, wo dieser das Bier austrank. Dann gingen beide fort und kurz darauf brach das Feuer aus, das den Wagen vernichtete, auf die Werkstätte übergriff, die Nachbarschaft bedrohte und nur mit größter Mühe und Anstrengung gelöscht werden konnte. Das Auto war auf 45.000 K versichert.

Von der Polizeidirektion wurde als Sachverständiger Ing. Klička, Inhaber einer technischen Kanzlei, um ein Gutachten ersucht, im weiteren Zuge des Verfahrens aber von Jonja, der inzwischen verhaftet wurde, mit Erfolg als Sachverständiger abgelehnt und nur als Zeuge zugelassen, weil er zugleich als Experte der Versicherungsgesellschaft fungierte. Da direkte Zeugen nicht existieren, beruht das Beweisverfahren auf indirekten Indizienbeweisen. Es wurde z. B. festgestellt, daß verschiedene entbehrliche Bestandteile fehlten, auch die Reserve-Pneus hatte der Angeklagte nicht mitgenommen. Die Anklage vermutet, daß er auf geschickte Weise mit Hilfe der benzingetränkten Putzwolle den Brand inszeniert und durch gewisse Manipulationen an Benzintank und -leitung ein schnelles Umsichgreifen ermöglicht hat. Demgemäß war die Verhandlung hauptsächlich von technischen Auseinandersetzungen ausgefüllt.

Der Angeklagte bestritt jede Schuld aufs nachdrücklichste. Er will nicht das mindeste mit dem Brand zu tun gehabt haben und läßt höchstens die Möglichkeit eines unglücklichen Zufalles zu, etwa durch einen weggeworfenen brennenden Zigarettenrest oder Kurzschluß an der elektrischen Leitung. Der Schaden ist außerordentlich bedeutend. Allein 30.000 K wurden für den Gebäudeschaden von der Versicherung bezahlt, die Nachbarn erlitten Schäden von etwa 50.000 K. Die Autoversicherung selbst hat die Bezahlung des Schadens dem Angeklagten natürlich wegen Selbstverschuldens abgelehnt. Der Wagen, ein alter sechssitziger „Praga-Mignon", ist vollkommen vernichtet. Bemerkenswert ist, daß der Angeklagte besten Ruf genießt und auch der Inhaber der Werkstätte selbst erklärt, ihm eine Brandstiftung nicht zugetraut zu haben. Er war als „sehr solid" bekannt, zahlte stets pünktlich und genoß allgemeines Vertrauen. Sowohl die Feuerversicherung als auch die übrigen Betroffenen haben sich mit ihren Schadenersatzansprüchen dem Strafverfahren angeschlossen, so daß abgesehen von der schweren Strafe auch ein Geldinteresse von über 120.000 K (mit der Versicherungssumme für das vernichtete Auto) in Frage steht.

Der Sachverständige analysierte an Hand der Akten alle gegebenen Möglichkeiten der Brandentstehung. Er schloß Kurzschluß und Selbstentzündung aus und ließ die Möglichkeiten böswilliger oder fahrlässiger Veranlassung offen. Der Versicherungswert des Wagens war infolge seines hohen Alters nur klein (etwa 8000 K), so daß ein Gewinn für den Versicherten bei Bezahlung der Versicherungssumme nicht zu behaupten wäre, zumal er beträchtliche Summen für die Instandhaltung und Reparatur des Wagens aufwendete, der sonst als noch äußerst verwendbar geschildert wird.

Die Verhandlung zog sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin. Es war gegen halb 5 Uhr, als die Geschworenen ihr Verdikt verkündeten. Die Hauptfrage auf Brandlegung wurde mit 6:6 Stimmen verneint, worauf der Gerichtshof das freisprechende Urteil fällte. rb.

Rote Jugend auf Werbefahrt.

Prag ist noch nicht erwacht. Die Straßen sind verhältnismäßig leer, die meisten Menschen sind noch in den Betten. Aber der Agitationstrupp unserer Sozialistischen Jugend ist bereits zur Stelle. Und so fahren wir los. Unser Lastauto ist bedeckt mit den Wahlplakaten der Partei, vorne wehen drei große rote Sturmfahnen und in das Rattern des Motors mischen sich die wuchtigen Melodien unserer Kampflieder.

Bald liegt die Proletariervorstadt mit ihren rußigen, düsteren Fabriken and den niedrigen Arbeiterwohnungen hinter uns, die Häuserfronten sind verschwunden, und rechts und links der Straße dehnen sich abgemähte Wiesen und abgeerntete Felder. Auf manchen der Felder schaffen einige Menschen, Frauen und Kinder sind es meistens, denn für den Kleinbauern gibt es keine Sonntagsruhe. Die meisten rufen uns zu, winken, grüßen, freuen sich, wenn ihre Grüße erwidert werden und schauen dem rotbefleckten Auto nach, bis es ihren Blicken entschwindet.

In Wegstädtl ist erste Rast. In diesem Orte wird zwar nicht gewählt, aber wir müssen unser Auto wieder instand setzen. Die rasche Fahrt hat die angehefteten Werbeplakate arg zugerichtet, es heißt also, neue Plakate befestigen, diesmal besser und sicherer. Inzwischen finden sich auch einige Genossen aus Wegstädtl ein, um das Auto bildet sich eine kleine Menschenversammlung und betrachtet unser Tun. Ein Genosse erklärt sich bereit, mit uns mitzufahren, denn wir brauchen jemanden, der den Weg und die Gemeinden kennt, wo gewählt wird. Bald sind wir wieder fahrbereit, wir steigen auf, verabschieden uns von den versammelten Menschen mit einem herzlichen „Freundschaft", singen ein Kampflied und fahren gegen Gastorf weiter.

Gastorf ist der erste Ort, in dem gewählt wird. Im Zentrum des Dorfes, vor dem Kriegerdenkmal, machen wir halt. Die Leute treten aus den Türen, schauen aus den Fenstern, und blicken den Blauhemden, die vom Auto herunterspringen und mit einem Stoß Flugzettel im Dorfe verschwinden, verwundert nach. Die auf dem Auto Zurückgebliebenen singen, teilen an die Herumstehenden ebenfalls Werbe- und Propagandamaterial aus, während die Genossen von der Staffel im Laufschritt von Haus zu Haus laufen und die Flugzettel verteilen. Schon nach wenigen Minuten können wir wieder weiterfahren. Die Menschenansammlung vor unserem Auto ist inzwischen auch größer geworden, im Sprechchor rufen wir ihnen die Mahnung zu: „Denk an die Not, wähle rot!", und schon geht es wieder weiter, singend und winkend.

Unser Ziel ist Leitmeritz. Auf dem Wege dorthin überholen oder begegnen wir vielen Genossen, die uns ihr „Freundschaft" zurufen. Und so fahren wir mit flatternden Fahnen hinein in das herbstliche Land, vorbei an arbeitenden Menschen, weiter durch freundliche Dörfer, und nähern uns dem schwarzen Leitmeritz.

Rote Sturmfahnen, rote Jugend am Marktplatz von Leitmeritz! Die Kirche ist gerade aus und eine große Anzahl jener, die nie alle werden, entströmt dem düsteren Bau. Reges Leben überall, spazierende und in Gruppen beisammenstehende Menschen, kurz, das typische Leben einer kleinbürgerlichen Provinzstadt. „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun", so schallt es den Kerzelweibern mit und ohne Hosen entgegen. Zwei Welten stehen einander gegenüber: unten, vor dem Auto die Vertreter jener, die ihr Elend hinnehmen als von Gott gesandt, ergeben, stumm, zu mutlos und auch zu faul, um Hand anzulegen an dem Aufbau einer besseren Zukunft, oben auf dem Auto die lachenden Gesichter einer Jugend, die ganz und gar nicht gewillt ist, die Widersprüche unserer Zeit, das Elend und Unrecht und all den Jammer hinzunehmen als einen von Gott gewollten Zustand. Und während die Untenstehenden noch immer nicht aus dem Staunen herausgekommen sind, eilen unsere Genossen bereits über den Platz und verteilen Werbematerial. Dort, auf dem Gehsteig, machen unsere Jungen Bekanntschaft mit einer anderen Sorte Menschen. Hakenkreuzler rauchen dort ihre Zigaretten und lassen sich von vorübergehenden Fräuleins begaffen. Diese ganz eigenartigen „Arbeiter" sind die besonderen Lieblinge unserer Genossen von der Staffel. Unser blaues Hemd mit der roten Krawatte und dem Brustriemen hat es ihnen scheinbar sehr angetan, denn daß sich Arbeiter nicht so mirnichts-dirnichts von Hitlers Agenten verprügeln lassen wollen, das geht über den geistigen Horizont dieser „Auslese des deutschen Volkes". Die Wahlflugzettel der Partei lehnen sie ab mit der Bemerkung: „Wir sind Nationalsozialisten" (als ob wir sie nicht gleich als solche erkannt hätten!), aber die rosa Broschüre „Was ist Marxismus?" nehmen sie mit ausgestreckten Händen entgegen. Ob sie sie auch lesen werden? Bald sind auch einige Genossen aus Leitmeritz und Lobositz da, Bekannte von verschiedenen Jugendtreffen. Mit ihnen unterhalten wir uns sehr gut, tauschen Erinnerungen aus, aber wir haben nicht viel Zeit, wir müssen weiter, und so klettern wir eben wieder auf unseren Wagen, singen zum Abschied wieder unsere Lieder, der Motor surrt, die Fahnen flattern, das rote Transparent mit der Aufschrift „Freundschaft" straft sich im Luftzug, und bald liegt Leitmeritz hinter uns.

In Brozen ist eine Versammlung der Häusler und Kleinbauern. Wir haben noch Zwischenstationen gemacht und ausgeteilt, aber Brozen, das war ja das eigentliche Ziel unserer Fahrt. Gegen 2 Uhr sind wir dort. Wir werden von einem Genossen, einem kleinen Häusler, warm und herzlich empfangen. Im Gasthaus sind auch Genossen anwesend, wir singen einige Lieder, aber gar bald müssen wir an die „Arbeit". Die 14 Genossen von der Staffel ziehen durch den Ort und bringen überall Wahlplakate an, schmücken den Saal aus, während die Genossinnen mit den Kindern spielen. Die Kleinen waren bereits nach ganz kurzer Zeit mit uns befreundet. Zuvor noch hatten wir einen kleinen Umzug veranstaltet, Lieder singend und auf unseren Instrumenten spielend, durchzogen wir die Ortschaft und zogen natürlich die Dorfjugend hinter uns her. Die Versammlung selbst eröffneten wir mit dem Lied „Was will das Proletariat", einige Einzelrezitationen vor der eigentlichen Rede, unser Transparent, die Sturmfahnen und unsere blauen Hemden gaben der Versammlung einen Rahmen und erregten besonderes Gefallen. Aber bald hieß es Abschied nehmen, Abschied von den Genossen in der Versammlung und von den Kindern, die uns noch weit nachliefen und „Freundschaft" riefen.

Es war schon finster, als wir nach Prag kamen. Die Rückfahrt war kühl, alle hatten sich in ihre Jacken und Mäntel gehüllt. Aber als wir nach Holeschowitz kamen, da wurden wieder die Fahnen entrollt, die Mäntel abgeworfen, Müdigkeit und Kälte abgeschüttelt und Kampflieder gesungen. Ueber den Graben sangen wir die „Internationale", im Sprechchor forderten wir die zahlreichen Passanten auf, die Listen der sozialdemokratischen Parteien zu wählen. Als wir zum Wenzelsplatz einbogen, kamen gerade die Sokoln herunter marschiert. Ihnen mag die „Internationale" und der Sprechchor „Wählet Liste 14" nicht gerade angenehm in den Ohren geklungen haben. Auch die „Narodni Politika" wird die roten Fahnen und unsere Lieder als störend empfunden haben, aber die rote Jugend kennt den Weg, den sie zu gehen hat.

P. P.

PRAGER ZEITUNG.

Bankangestellte, wie werdet Ihr wählen?

Im Prager Deutschtum nehmen die Bankangestellten und ihre Familienmitglieder zahlenmäßig eine recht beträchtliche Stellung ein. Kein Wunder daher, daß die Agitation der wahlwerbenden Parteien unter diese Kategorie besonders stark ist. Die bittere Schule der in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen hat sicherlich jeden Bankangestellten, mag er vielleicht früher Gleichgültigkeit politischen Dingen gegenüber empfunden haben, aufgerüttelt, sie hat ihn sehen gelehrt, wo seine Freunde sind und wo seine Interessen wirklich vertreten werden.

Nicht von den bürgerlichen Parteien, die in den Bankdirektoren ihre in jeder Hinsicht zuverlässigen Mitglieder und Anhänger haben, in jenen Bankdirektoren, die nunmehr länger als ein Jahrfünft ihre besondere Aufgabe darin erblicken, im Wege einer überhetzten und sich auf das schärfste auswirkenden Rationalisierung das Ausbeutungswerk an ihren Angestellten zum Zwecke des eigenen Vorteils zu krönen. Und wenn diese Parteien, die nur darauf lauern, um nach den Wahlen zu weiteren Angriffen gegen die sozialen Errungenschaften überzugehen, die als Vertreter des Kapitals alles daran setzen, um die Opfer der Krise dauernd auf die Arbeitnehmer zu überwälzen, Euch, Bankangestellte, zur Wahlbeteiligung an ihrer Seite auffordern werden, dann fraget sie, was sie bisher im Parlamente oder in den Gemeindeverwaltungen getan haben, um Euch wirklich beizustehen, welche Anträge sie eingebracht, welche Forderungen sie in diesen Körperschaften erhoben haben, um Euere bedrohten Interessen zu schützen.

Keine Stimme aber auch den Kommunisten! Keine Stimme der Partei der Gewerkschaftsspalter, deren Taktik es ist, den gerechten Zorn und die berechtigte Empörung der Angestellten und Arbeiter zu mißbrauchen, um zum Zwecke der Förderung ihrer eigenen parteipolitischen Ziele im Trüben zu fischen. Keine Stimme dieser Partei, die ihre Hauptaufgabe in Verleumdungen und niedrigen Verdächtigungen jener erblickt, die wirklich für den sozialen Fortschritt und für das Wohl der arbeitenden Klassen eintreten. Keine Stimme dieser Partei, welche die wirtschaftliche Notlage dazu ausnützt, um — unzählige Beispiele beweisen dies —, im vorhinein verkrachte „Aktionen" zu führen.

Bankangestellte, Ihr werdet nicht bürgerlich, nicht die Vertreter des Bankkapitals, nicht die Nazis, seine direkten und indirekten Mitläufer, nicht die Kommunisten, sondern deutsch-sozialdemokratisch wählen. Wann immer es Euere Interessen erforderten, war diese Partei zur Stelle, um für Euch einzutreten: bei Euren sozialpolitischen Forderungen und Lohnkämpfen, bei Eueren Aktionen zur Verbesserung Euerer Lage und zur Verhinderung der ausbeuterischen Abbau- und Rationalisierungspläne der Banken, bei Eueren Forderungen nach grundlegender Aenderung der Verhältnisse im Bankwesen, bei Euerem Kampfe um die Behauptung des Arbeitsplatzes. Erinnert Euch, Bankangestellte, daß es der sozialdemokratische Fürsorgeminister Dr. Czech war, dessen Einflußnahme — wir heben nur ein Beispiel hervor — es zu verdanken war, daß einer Eurer schwierigsten Konflikte in der Länderbank im Sinne Eurer Postulate beigelegt werden konnte.

Deshalb wird jeder deutsche Bankangestellte, der seinen und seiner Gewerkschaft Forderungen wirklich Geltung verschaffen, der die politischen Voraussetzungen für eine Verbesserung seiner Lage mitschaffen will, am 27. September nur deutschsozialdemokratisch (Liste Nr. 4, Listenführer Dr. Strauß und Dr. Schweld) wählen.

Der Schlager der Deutschbürgerlichen.

Dokumente gegen die Sozialdemokratie.

Vor allem sei eines festgestellt: Die Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft hat in dem Prager Wahlkampf ihr Programm verloren. Sie bestreitet ihre armselige Wahlpropaganda mit Rechenkunststücken, indem sie immer wieder nachzuweisen versucht, daß die deutschen Sozialdemokraten kein Mandat erringen werden. Wir haben bereits nachgewiesen, daß schon die Voraussetzungen aller Berechnungen der deutschdemokratischen Wahlmathematiker falsch sind, weil die deutschen Sozialdemokraten nicht nur mit den tschechischen Sozialdemokraten sondern auch mit der Gruppe Sture koppeln.

Da nun alle Rechenkunststücke des Herrn Dr. Epstein mißlungen sind, warten die Herren aus dem deutschen Kasino mit — Dokumenten auf. Was bringen sie für Enthüllungen. Haben die sozialdemokratischen Spitzenkandidaten vielleicht silberne Löffel gestohlen? Was enthalten die sieben „Dokumente"?

1. Am 5. Mai 1931 hat der Herr Doktor Steiner bei einer Beratung aller deutschbürgerlichen Parteien (bei der übrigens auch die Nationalsozialisten dabei waren, die bei allen Aktionen des Prager deutschen Bürgertums mittun) den Antrag gestellt, eine Einheitsliste aller deutschen Parteien in Prag aufzustellen und falls die deutschen Sozialdemokraten dies ablehnen, ihnen die Koppelung aller deutschen Listen anzutragen.

Was das für eine Sensation sein soll, wissen die Götter!

2. Am 2. Juni fand über Einladung des Arbeitsblocks eine Besprechung mit zwei Vertretern der deutschen Sozialdemokratie statt, die ergebnislos verlief, wobei die beiden Genossen die Erklärung abgaben, an eine Einheitsliste sei nicht zu denken und bezüglich des Koppeln seien sie bereit „weiterzuverhandeln". Das ist die Sensation Nr. 2.

3. Das dritte Dokument ist ein Brief des Arbeitsblocks an die Bezirksleitung der deutschen Sozialdemokratie, daß auch die Deutschbürgerlichen bereit seien, weiterzuverhandeln. Das ist die Enthüllung Nr. 3.

4. Ein Schreiben der Deutschbürgerlichen vom 17. September 1931 enthält eine Urgenz, den Entschluß der Sozialdemokraten bis zum 18. September, 10 Uhr vormittags, bekanntzugeben. Also wieder eine Sensation.

5. Nun folgt ein Zitat aus dem „Sozialdemokrat", worin festgestellt wird, daß die Behauptung Gen. Dr. Strauß habe um eine Fristerstreckung ersucht, bis zu der die deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation ihren Beschluß bezüglich des Koppelns bekanntgeben solle, unwahr sei. Dasselbe hätte auch Gen. Dr. Schwelo in der Wählerversammlung vom 17. September 1931 behauptet. — Du staunst lieber Leser, aber wir können Dir nicht helfen, das ist die Sensation Nr. 5.

6. Alle diese „Dokumente" scheinen auch nach Auffassung der Deutschdemokraten keine große Beweiskraft für den „Verrat" der Sozialdemokraten zu haben und deswegen wird nun der Inhalt telephonischer Gespräche aufgetischt. Es wird da behauptet, daß Gen. Dr. Strauß am 19. September den Sekretär der AuBG Langhammer angerufen und ihn um eine Fristerstreckung über 10 Uhr vormittags ersucht habe. Diese Behauptung ist eine Unwahrheit. Wahr ist vielmehr, daß Gen. Strauß Herrn Langhammer mitgeteilt hat, die Antwort der deutschen Sozialdemokraten werde in den ersten Nachmittagstunden erfolgen. Darauf antwortete Herr Langhammer: „Bitte sehr", worauf das Gespräch ein Ende hatte. Der Beschluß, mit den tschechischen Genossen zu koppeln, war nämlich am Abend vorher in einer Sitzung der sozialdemokratischen Bezirksvertretung gefaßt worden und es bedurfte bloß der Ausfertigung eines Briefes, der am Freitag vormittag auch geschrieben und um dreiviertel ein Uhr mittags überreicht wurde. Herr Robert Langhammer und Herr Dr. A. F. Steiner, der das Gespräch abgehorcht haben will, sprechen also die Unwahrheit.

7. Schließlich wird noch mitgeteilt, daß Herr Dr. Epstein den Gen. Dr. Strauß eine halbe Stunde nach Stattfinden dieses Telephongespräches nochmals angerufen und ihm mitgeteilt habe, daß die Deutschbürgerlichen auf die Antwort nur bis halb ein Uhr warten können. — Was das für eine Sensation sein soll, ist ebenfalls unerfindlich.

Aus allen diesen „Dokumenten" und Telephongesprächen geht also hervor, daß die deutschen Sozialdemokraten, obzwar sie von den Deutschbürgerlichen seit Juni gedrängt wurden, erst Freitag, den 18. September den Herrschaften die Antwort gegeben haben. Eine frühere Antwort zu geben, war aber deswegen nicht notwendig, weil die Frist für die Koppelungserklärungen erst Samstag, den 19. September, um 1 Uhr mittags ablief. Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie haben auch den Bürgerlichen mehreremals erklärt, daß sie sich keine Ultimaten stellen lassen. Da aber die Herrschaften im deutschen Kasino die Antwort erst einen Tag vor dem Ablauf der Frist erhielten, sind sie ganz wild geworden und bemühen sich, mangels eines zugkräftigen Programmes den Wählern Geschichten zu erzählen.

Vom stolzen Programm des Liberalismus bis zu Rechenkunststücken, „Dokumenten" und Mitteilung von Telephongesprächen, das ist der Weg von Herbst und Plener zu Foehr und Hornig.

Warum sollen die Hausgehilfinnen sozialdemokratisch wählen?

Am 27. d. M. ist Wahltag und es werden auch die Hausgehilfinnen den Stimmzettel abgeben. So manche von ihnen, obwohl Tochter eines Arbeiters oder Kleinhäuslers, wird, dem Einfluß der Arbeitgeberin und der bürgerlichen Presse, die im Hause der „Herrschaft" aufliegt, erliegend, ihre Stimme den bürgerlichen Parteien geben und damit die Peitsche, die sie schlägt, sich selbst flechten. Die Hausgehilfinnen haben nur vom Sozialismus eine Besserung ihrer trostlosen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erwarten. **Die Bedingungen, unter welchen Hausgehilfinnen heute arbeiten, sind weit schlechter, als die der industriellen Hilfsarbeiterinnen. Es gibt keinen kollektiven Lohnvertrag, ausgenommen in einigen wenigen Städten, wo eine gewerkschaftliche Organisation besteht, die Wohnverhältnisse sind erbärmlich, (meist muß die Hausgehilfin in einem licht- und luftlosen engen Raum schlafen, die Arbeitszeit unbeschränkt.** Es ist eine der brennensten Aufgaben, die so zerstreut arbeitenden Hausgehilfinnen zusammenzufassen und sie einzureihen in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Sozialdemokratie, der sie die wenigen Rechte, die sie haben, verdanken. So vor allem das Frauenwahlrecht, das gegen den Widerstand der bürgerlichen Politiker schwer erkämpft werden mußte. Die Einbeziehung in die Krankenversicherung, die auch heute noch vom Bürgertum nicht verschmerzt werden kann, sowie die Schaffung der Alters- und Invaliditätsversicherung ist ein Erfolg langjähriger Kämpfe und Bemühungen der Sozialdemokraten. Was haben dagegen die bürgerlichen Wahlbewerber für die arbeitenden Frauen schon geleistet? Auch heute stehen noch vielfach die Vertreter des Bürgertums auf dem Standpunkte, daß die Frau sich um Politik nicht zu bekümmern habe. Und doch greift die Politik tief in das Leben jeder Frau ein. Sie ist stark interessiert an der sozialistischen Lösung aller Probleme, die in den Aufgabenkreis der Gemeinde fallen. Sowohl als Hausgehilfin, als auch als spätere Hausfrau kann es ihr nicht gleichgültig sein, ob die Gemeindeverwaltung Fürsorgearbeit leistet, oder diese Arbeit sabotiert. Sie ist interessiert an der Errichtung von Ledigenheimen, kostenloser Stellenvermittlung, Kinderschutzämtern, Tagesheimstätten, Markthallen, billigen Wohnungen, modernen Küchen und Waschküchen, auch an guter Approvisionierung etc., etc. Die Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung Wiens wird dankbar von den Wiener Frauen anerkannt. Die Wiener Hausgehilfinnen wählen in ihrer Mehrzahl sozialdemokratisch! Hat ihnen doch die Gemeinde ein eigenes schönes Heim geschaffen. **Deutsche Hausgehilfinnen Prags! Protestiert am Wahltage mit dem Stimmzettel gegen eure Rechtlosigkeit, gegen Kapitalismus und Wirtschaftskrise! Wählt wie eure Wiener Kolleginnen, wählt antikapitalistisch, wählt die Liste Nr. 14.**

Kunst und Wissen

Abonnementserneuerung. Den bisherigen Abonnenten bleiben die bisher innegehabten Plätze für die neue Spielzeit bis einschließlich Donnerstag, den 24. ds., reserviert. Anmeldungen neuer Abonnenten werden bereits entgegengenommen.

„Zum goldenen Anker", das erfolgreichste französische Bühnenwerk seit Rostands „Cyrano von Bergerac", kommt Donnerstag, den 1. Oktober im Neuen Deutschen Theater zur Erstaufführung. Das Stück, das im Marseiller Hafenmilieu spielt, erreichte an der Pariser Uraufführungsbühne eine Erfolgsserie von mehr als 500 Vorstellungen.

„Frauen haben das gern...!", die erste Operettennovität dieser Spielzeit, wird Freitag, den 2. Oktober auf dem Spielplan der Kleinen Bühne erscheinen. Das Textbuch stammt von den bekannten Schwankautoren Arnold und Bach und geht auf deren Werk „Der keusche Lebemann" zurück. Gesangstexte: Rideamus. Musik: Walter Kollo.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, 8 Uhr: Ensemblegastspiel Harry Liedtke: „Ein idealer Gatte". Donnerstag, 8 Uhr (235—III): „Arzt wider Willen". Freitag, 8 Uhr (236—IV): „Der Graue". Samstag, 7.30 Uhr (237—I): „Cocktail". Sonntag, 7.30 Uhr (238—II): „Der letzte Walzer". Montag, 7 Uhr (239—III): „Aida".

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, 8 Uhr: „Intimitäten". Donnerstag, 8 Uhr: „Der Heiratsantrag". Freitag, 8 Uhr: „Nina". Samstag, 8 Uhr: Premiere: „Der letzte Equipagew". Sonntag, 7.30 Uhr: „Nina". Montag, 8 Uhr: „Der letzte Equipagew".

Die Sozialdemokratie und die Gemeindewahlen.

Am Freitag, den 25. September findet um acht Uhr abends im Saale der Urania, Prag II., Smečkagasse, die zweite

öffentliche Wählerversammlung

der Bezirksorganisation Prag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt.

Redner

die Mitglieder der böhmischen Landesvertretung

Genossin Maria Deutsch und Genosse Dr. Emil Strauß.

Deutsche Buchdrucker Prags!

Freitag, den 25. September, vormittag halb zehn Uhr findet im kleinen Saale des Handwerkervereins in Prag II., Smečkagasse, eine

Wählerversammlung

statt, in der die Kandidaten Dr. Strauß und Siegl über

die Bedeutung der Gemeindewahlen

sprechen werden. Kommet zahlreich und pünktlich!

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Rote Falken — Mädchenhorde.

Wir treffen uns Samstag nachmittags um halb 4 Uhr am D. T. J.-Platz, Endstation der Achter-Elektrischen. Bei ungünstigem Wetter in der „Gee", Fügnerova nám. 4. Sonntag Treffpunkt Endstation der Dreier, Spořilov. Ab 8 Uhr. Erscheinet bitte alle! Gäste herzlich willkommen! Freundschaft!

Die Führerin.

Rote Falken, Ortsgruppe Prag, Horde 1 (Hofbauer). Wir treffen uns am Samstag, den 26. September um punkt 3 Uhr vor der „Gee". Dort eine Stunde Arbeit, dann gemeinsamer Marsch auf den D. T. J.-Platz. Seid pünktlich und erscheinet alle! Bringt Eure Freunde und Freundinnen mit zu uns. Sie sind willkommen!

S. J. Prag, Gruppe I. Heute 8 Uhr in der „Gee" Unterhaltungsabend. Kommt alle, da wichtige Bekanntmachungen. — Jeden Tag ab 7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter Wahlarbeit.

Sport • Spiel • Körperpflege

Gleichheit Weiskirchlitz gegen Einsiedel (Sachsen) 5:5 (1:4). Beide Gegner führten das in Einsiedel (Chemnitzer Bezirk) stattgefundene Spiel sehr treffsicher durch. Was Weiskirchlitz im Technischen voraus hatte, glich der Platzbesitzer durch Eifer immer wieder aus. Ja, es gelang Einsiedel sogar mit 3:0 in Führung zu gehen, ehe Weiskirchlitz durch ein Eigentor zu seinen ersten und billigen Erfolg kam. Nach der Pause wurde Weiskirchlitz zusehends besser und erzielte in rascher Folge vier Tore, denen aber Einsiedel ebenfalls noch eines entgegensetzen konnte.

Wiener Arbeiterfußball. Am Sonntag fanden nur Cup-Spiele statt, die folgenden Ausgang nahmen: Red Star gegen Hernals 4:1 (3:0), Postgewerkschaft gegen Friedmann 14:1 (6:0), Elektra gegen Amateure II 2:0 (1:0). Elektrizitätswerke gegen E-Werk 4:1 (2:0)!, Floridsdorf gegen Liebhartstal 6:2 (3:1), Helfort gegen Westham 6:0 (3:0), Rudolfshügel gegen Columbia 10 6:0 (3:0), Nord-Wien gegen Aspern 2:0 (2:0), Meidling gegen Bananas 3:0 (3:0), Phönix Schwechat gegen Falke 3:1 (2:1), Hochstädt gegen Brigittenau 3:1 (1:0), Germania Rudolfsheim gegen Stadlau 3:1 (1:1), Zentralverein gegen Hellwag 1:0 (0:0), Olympia gegen Rennweg 3:2 (1:0). — Gaswerk St. Veit spielte Samstag und Sonntag in Knittelfeld und gewann 8:1 und 7:0.

Bahnmeeting der österreichischen Arbeiter-Radfahrer. Auf der Stadion-Rennbahn in Wien fand Sonntag ein Meeting für Rennfahrer statt, das sehr schön und spannend verlief. Es wurden die Bundesmeisterschaften über 1000 Meter und 10 Kilometer ausgefahren sowie Rennen mit Motorschrittmachern über 10 und 20 Kilometer durchgeführt. Sieger der Bundesmeisterschaften über 1000 und 10 Kilometer wurde Hlebuschitzky (Karl Marx, Wien) in 3:14 bezw. 16:20 Min. Die beiden Rennen mit Schrittmachern gewann Sturm (Karl Marx, Wien), der als Schrittmacher den bekannten Rennfahrer Kalei hatte, in 10:20 bezw. 20:43.5 Min.

Wählt sozialdemokratisch! In Prag Liste 14

Herausgeber: Siegfried Taub. — Chefredakteur: Wilhelm Kiesner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Rova" A.-G. für Zeitungs- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Heller. Prag. — Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 12.500/VII/1929 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet, bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rücksendung von Manuskripten erfolgt nur bei Beilegung der Portomarken.